

Jahresabschluss 2018

PSD Bank Nürnberg eG

Nürnberg

Jahresabschluss der Kreditinstitute in der
Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft

Bestandteile Jahresabschluss

1. Jahresbilanz (Formblatt 1)
2. Gewinn- und Verlustrechnung
(Formblatt 3 - Staffelform)
3. Anhang

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018

der PSD Bank Nürnberg eG

I. Grundlagen der Bank

Die PSD Bank Nürnberg eG ist eine eingetragene Genossenschaft und definiert sich als leistungsstarke und wettbewerbsfähige Direktbank mit Beratung. In der Fläche bieten wir Kundennähe mit unserer Hauptstelle, 5 Filialen und 4 Beratungsbüros an ausgesuchten Standorten in Franken, Sachsen und der Oberpfalz. Wir sind grundsätzlich im Privatkundenbereich aktiv. Im Mittelpunkt unseres Denkens und Handelns stehen die Wünsche und Ziele unserer Mitglieder und Kunden. Wir wollen unsere Kunden durch eine hohe Dienstleistungs- und Serviceorientierung mit fairen und partnerschaftlichen Angeboten dabei unterstützen, ihre finanziellen Ziele zu erreichen. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Service und in der Beratung leben diesen Grundsatz und machen dies für unsere Kunden im täglichen Umgang erlebbar. Alle nicht unmittelbar im Kundenbereich eingesetzten Kolleginnen und Kollegen haben dafür Sorge zu tragen, dass sie durch eine ausgeprägte interne Dienstleistungsbereitschaft den Kundenkontakt der Service- und Beratungsmitarbeiter unterstützen und stärken. Wir sind eine Bank - wir unterstützen und helfen uns gegenseitig. Wir setzen auf nachhaltiges und langfristig orientiertes Wirtschaften.

Unsere Genossenschaft ist der amtlich anerkannten BVR Institutssicherung GmbH und der zusätzlichen freiwilligen Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen.

II. Wirtschaftsbericht

II.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Kreditgenossenschaften

1. Konjunktur in Deutschland

Wachstumsdynamik lässt nach

Die deutsche Wirtschaft setzte im Jahr 2018 ihren Aufschwung fort. Allerdings fiel der Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr mit 1,4 % merklich schwächer aus als 2017 (+2,2 %). Grund hierfür waren sowohl nachfrageseitige als auch angebotsseitige Faktoren. Einerseits sahen sich die Unternehmen vermehrt angebotsseitigen Engpässen gegenübergestellt, vor allem bei Arbeitskräften und bei Vorleistungsgütern. Zudem beeinträchtigten Sonderfaktoren die Produktion, wie Streiks und eine schwere Grippewelle im Frühjahr sowie ein Pkw-Zulassungstau (infolge von Problemen mit dem neuen Abgastestverfahren WLTP), der die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte erheblich belastete. Andererseits verlor der Welthandel im Vergleich zum Vorjahr etwas an Schwung, was sich nachfrage-seitig dämpfend auswirkte.

Protektionismus im Aufwind

Ursache für die schwächere Gangart des Welthandels war insbesondere, dass die globale Konjunktorentwicklung ihren Höhepunkt überschritten hatte und dass sich das handelspolitische Klima verschlechterte. Letzteres lag in erster Linie an der Handelspolitik der US-Regierung. So belegte US-Präsident Donald Trump schrittweise den Import von verschiedenen Produkten wie Stahl und Aluminium mit neuen Zöllen. In Reaktion darauf führten die betroffenen Handelspartner, hier vor allem China, aber auch die europäischen Staaten, Gegenzölle ein. Dennoch wurde das Wirtschaftswachstum hierzulande nur wenig durch die Handelskonflikte beeinträchtigt, nicht zuletzt, weil die Binnennachfrage weiterhin robust expandierte.

Konsum bleibt wichtige Wachstumsstütze

Ähnlich wie bereits im Vorjahr trugen die Konsumausgaben spürbar zum Anstieg des BIP bei. Das Ausgabenwachstum blieb aber deutlich hinter dem Zuwachs von 2017 zurück (+1,0 % gegenüber +1,7 %). Der Privatkonsum wurde erneut ausgeweitet (+1,0 %), begünstigt durch die nach wie vor solide Arbeitsmarktentwicklung und die vielfach kräftigen Lohnzuwächse. Zusätzliche Impulse gingen von der zu Jahresbeginn vorgenommenen Verminderung der Beitragssätze zur gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung sowie den Entlastungen bei der Einkommensteuer aus. Die Konsumausgaben des Staates legten vor dem Hintergrund höherer Personalaufwendungen und Sachleistungen für Gesundheit und Pflege ebenfalls zu (+1,0 %). Ihr Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum fiel mit 0,2 Prozentpunkten jedoch geringer aus als der Beitrag der privaten Konsumausgaben mit 0,5 Prozentpunkten.

Steigende Investitionsausgaben

Ungeachtet des schwieriger gewordenen internationalen Umfelds wurden die Ausrüstungsinvestitionen weiter erhöht. Angesichts der gestiegenen Auslastung der Produktionskapazitäten und der noch immer ausgesprochen günstigen Finanzierungsbedingungen legten die Investitionen in Maschinen, Fahrzeuge und Geräte sogar etwas stärker zu als im Vorjahr (+4,2 % gegenüber +3,7 %). Bei den Bauinvestitionen hielt das Wachstum ebenfalls an (+2,4 % nach +2,9 % in 2017), obgleich sich Arbeitskräfteengpässe immer deutlicher zeigten. Vor allem in öffentlichen Bauten (+3,4 %) und Wohnbauten (+2,9 %) wurde mehr investiert, unter anderem wegen der allgemein verbesserten staatlichen Finanzlage und der anhaltend hohen Wohnungsnachfrage in den Ballungszentren.

Dämpfender Außenhandel

Im Zuge der weniger schwungvollen Entwicklung des Welthandels und der zunehmenden protektionistischen Tendenzen verlor der grenzüberschreitende Handel der deutschen Wirtschaft an Fahrt. Die Exporte stiegen 2018 weniger kräftig als im Vorjahr (+2,0 % gegenüber +4,6 %), wozu auch verzögerte Auswirkungen der vorangegangenen Aufwertung des Euro-Wechselkurses beigetragen haben dürften. Wegen dem schwächeren Exportgeschäft blieb auch das Importwachstum hinter dem Vorjahr zurück (+3,3 % gegenüber +4,8 %). Da jedoch der Anstieg der Importe den Exportzuwachs erheblich übertraf, verminderte der Außenhandel als Ganzes den BIP-Zuwachs rechnerisch um 0,4 Prozentpunkte.

Neuer staatlicher Rekordüberschuss

Die öffentliche Hand schloss 2018 mit einem Rekord-Finanzierungsüberschuss von 58,0 Mrd. Euro ab, was 1,7 % des Bruttoinlandsprodukts entsprach. Wie bereits in den Vorjahren legten die staatlichen Einnahmen kräftig zu, befördert durch die höhere Beschäftigung und die steigenden Einkommen. Demgegenüber verlief das Ausgabenwachstum moderat, wofür auch ein Sondereffekt verantwortlich war: Wegen der späten Regierungsbildung gab es im Bund in der ersten Jahreshälfte nur eine vorläufige Haushaltsführung, die lediglich Ausgaben zur Aufrechterhaltung der Verwaltung und zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen zuließ. Der Schuldenstand des Staates sank im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt von 63,9 % in 2017 auf rund 60 %. Erste amtliche Zahlen zur Schuldenquote 2018 werden voraussichtlich im April bekannt gegeben.

Günstige Arbeitsmarktentwicklung

Der Arbeitsmarkt präsentierte sich in einer anhaltend guten Grundverfassung. Die Erwerbstätigenzahl legte erneut spürbar zu. Sie stieg im Inland gegenüber dem Vorjahr um 569.000 auf 44,8 Mio. Menschen. Ähnlich wie in den Vorjahren wurde der Beschäftigungsaufbau in erster Linie durch eine merkliche Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung getragen. Dagegen war die Zahl der Selbständigen und der geringfügig Beschäftigten abermals rückläufig. Die Arbeitslosenzahl verminderte sich weiter. Bei der Bundesagentur für Arbeit waren 2,3 Mio. Arbeitslose registriert und damit 193.000 weniger als im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote ging im Vergleich zu 2017 um 0,5 Prozentpunkte auf 5,2 % zurück.

Etwas stärkerer Preisanstieg

Im Verlauf des Jahres 2018 hat der Anstieg der Verbraucherpreise deutlich angezogen. Die Inflationsrate, die im Zeitraum von Januar bis April in einer Bandbreite zwischen 1,1 % und 1,5 % gelegen hatte, schwankte in den übrigen Monaten um die Marke von 2 %. Im Oktober verteuerten sich die Verbraucherpreise um 2,3 % und damit so stark wie seit mehreren Jahren nicht mehr. Treibender Faktor der Gesamtentwicklung waren die Energie- und Nahrungsmittelpreise, die sich angesichts höherer Rohölpreise und schwacher Ernten überdurchschnittlich verteuerten. Auf Jahressicht stiegen die Verbraucherpreise insgesamt um 1,8 % und damit leicht stärker als 2017 (+1,5 %).

Schwächere Expansion in der Industrie

Angesichts zunehmender Personal- und Materialengpässe und des schwieriger gewordenen weltwirtschaftlichen Umfelds verlangsamte sich das Expansionstempo des Verarbeitenden Gewerbes. Dessen preisbereinigte Bruttowertschöpfung legte 2018 um 1,0 % zu, nachdem sie im Vorjahr noch um 2,7 % gestiegen war. Die amtlichen Umsatzindizes der Industriebetriebe lassen erkennen, dass die Wachstumsimpulse abermals vor allem vom Ausland ausgingen. Der Auslandsumsatz stieg preisbereinigt um 0,7 % während der Inlandsumsatz stagnierte (+0,0 %). Unter allen Industriebranchen wiesen die Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen (+4,3 %) sowie die Hersteller von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (+3,8 %) die höchsten Umsatzzuwächse auf, was offensichtlich im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel und der voranschreitenden digitalen Revolution steht. Auch die Unternehmen der Getränkeherstellung (+3,7 %) steigerten ihren Absatz merklich, begünstigt durch den ungewöhnlich warmen und langanhaltenden Sommer. Im Maschinenbau (+2,0 %) legte der Umsatz ebenfalls überdurchschnittlich zu. In der umsatzmäßig bedeutsamsten Branche, der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (-1,4 %), musste hingegen ein Rückgang hingenommen werden, nicht zuletzt wegen des bereits erwähnten Pkw-Zulassungstaus. Die Erwerbstätigenzahl stieg im gesamten Verarbeitenden Gewerbe um 1,8 % auf knapp 7,8 Mio. Menschen.

2. Finanzmärkte

Katerstimmung an den Finanzmärkten 2018

Nach einem zunächst aussichtsreichen Start in das Jahr 2018 mehrten sich im Jahresverlauf die Risiken für die Kapitalmärkte. Zunächst bot das robuste Wirtschaftswachstum insbesondere in den USA Rückendeckung für steigende Kurse an den Aktienmärkten und damit einhergehend steigende Renditen an den Anleihemärkten. Die konjunkturelle Entwicklung im Euroraum, insbesondere die Fortschritte am Arbeitsmarkt und die moderat steigenden Löhne, waren gute Voraussetzungen für einen anhaltenden Aufschwung. Ergänzend stützte die sinkende Steuerbelastung, im Zuge der umfangreichen US-Steuerreform, speziell die US-Aktienmärkte. Der Dow Jones markierte noch im Oktober ein Allzeithoch bei fast 27.000 Punkten. Geopolitische Risiken überkompensierten jedoch das positive Momentum. Ein wesentlicher Herd für Unsicherheit war die US-Handelspolitik. Insbesondere in der zweiten Jahreshälfte spitzte sich der Handelskonflikt mit China zu, nachdem bereits im Frühjahr Strafzölle auf Aluminium und Stahl eingeführt wurden. Dies, aber auch eine hohe Verschuldung bei den Unternehmen in China belasteten das Wachstum in der Volksrepublik. Hinzu kamen weitere Schwellenländer mit reduziertem Wirtschaftswachstum, was entsprechende Auswirkungen auf den globalen Handel hatte. Neben dem sich abkühlenden Welthandel nahmen weitere politische Risiken die Kapitalmärkte in ihren Bann. Die letzten Hoffnungen auf einen geregelten Brexit wurden von den Marktteilnehmern zum Jahresende weitestgehend begraben. Auch die innenpolitischen Streitigkeiten in den USA belasteten die Märkte ebenso wie die Ankündigung der US-Regierung sich aus Syrien zurückzuziehen.

EZB fährt ultralockere Geldpolitik zurück

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat zum Jahresende 2018 das Ankaufprogramm für Anleihen beendet – die ultralockere Geldpolitik somit gedrosselt. Die Leitzinsen beließen die europäischen Notenbanker jedoch unverändert auf deren historisch niedrigen Niveaus. So blieb der EZB-Hauptrefinanzierungssatz für die Finanzinstitute des Euroraumes bei 0,0 % und der Einlagensatz mit -0,4 % im negativen Bereich.

US-Geldpolitik in 2018 weiter gestrafft

Die US-amerikanische Zentralbank Fed hat in 2018 den Leitzins weiter erhöht. Mit vier Zinsschritten hoben die Notenbanker den Leitzins von dem Zielkorridor 1,25-1,5 % bis auf 2,25-2,5 % an. Auch die historisch beispiellosen Versuche des US-Präsidenten, Entscheidungen der Fed zu beeinflussen brachte die Fed nicht von ihrem Pfad ab. Die aufgeblähte Bilanz, als Folge früherer Anleihekäufe, reduziert die Fed bereits seit Ende 2017. Zuletzt hat sie die Reinvestition auslaufender Anleihen weiter reduziert. Jeden Monat werden 50 Mrd. US-Dollar nicht mehr reinvestiert und die Bilanz damit um diesen Betrag verringert. Der für die geldpolitischen Entscheidungen zuständige Offenmarktausschuss der Fed begründete die Schritte zur weiteren Normalisierung der US-Geldpolitik mit der guten konjunkturellen Lage in den Vereinigten Staaten. So setzte die Arbeitslosenquote in 2018 ihren Rückgang fort und sank binnen Jahresfrist von 4,1 % auf zuletzt 3,9 %. Die US-Inflationsrate erreichte im Sommer ihr Hoch bei 2,9 %, um anschließend auf 2,2 % im November zurück zu fallen.

Bundesanleiherenditen zum Jahresende deutlich gefallen

Die Renditen von zehnjährigen Bundesanleihen sind im Februar 2018, einhergehend mit den positiven Konjunkturerwartungen, zunächst deutlich auf rund 0,76 % gestiegen. Im Laufe des Jahres entwickelten sich die Renditen volatil und waren ein Gradmesser für die Risiken der Geopolitik. Bundesanleihen werden weiterhin als sicherer Hafen geschätzt. Bunds wurden im Zuge der Zuspitzung des Handelskonfliktes und der zunehmenden Unsicherheit über den Ablauf des Brexit vermehrt gesucht. Gleichzeitig führte die im Jahresverlauf nachlassende Konjunktur zur Unsicherheit, ob die EZB in 2019 tatsächlich – wie von ihr in Aussicht gestellt – den Zinserhöhungszyklus einleiten wird. Dies und der verringerte Sog der US-Renditen gegenüber Bundesanleihen führte zu sinkenden Bund Renditen. Die zehnjährigen Bundesanleihen rentierten zum Jahresende mit 0,25 % auf dem Niveau von Mitte 2017. Die Renditen fünfjähriger Bundesanleihen stiegen im Jahresverlauf ebenfalls zunächst an, um dann das Niveau vom Jahresbeginn (ca. -0,20 %) mit ca. -0,27 % leicht zu unterschreiten. Zweijährige Bundesanleihen schlossen das Jahr in etwa auf dem Niveau des Vorjahres bei -0,59 % ab. Insgesamt flachte sich die Zinsstrukturkurve somit ab.

Italienische Staatsanleihen unter Druck

Die Renditen im Euroraum divergieren allerdings wieder verstärkt. Während spanische und portugiesische Staatsanleihen mit Restlaufzeiten von 10 Jahren volatil aber auf Jahresfrist kaum verändert rentierten, stiegen die Renditen von italienischen Anleihen mit gleicher Laufzeit deutlich von rund 2,10 % auf über 3,60 % an. Ursache war die Konfrontation der neuen Regierung in Rom mit Europa über die Ausrichtung der Fiskalpolitik. Nach Beilegung des Haushaltsstreites sanken die Renditen zum Jahresende 2018 wieder, jedoch lediglich bis auf ein Niveau von rund 2,80 %.

Starkes Jahr für den US-Dollar

Der Euro hat im Laufe des Jahres 2018 deutlich abgewertet. Allerdings war der Jahresstart dominiert durch einen schwachen US-Dollar, was dazu führte, dass im Februar 2018 für einen Euro bis zu 1,25 Dollar gezahlt werden mussten. Ausgelöst durch steigende US-Zinsen – zehnjährige Treasuries rentierten Ende April erstmals seit Ende 2013 über 3 % – und Sorgen des EZB-Präsidenten Draghi über eine abnehmende Konjunkturdynamik begann eine deutliche Korrektur des US-Dollars. Im weiteren Verlauf des Jahres profitierte der Greenback von steigenden Zinserwartungen für den US-Währungsraum. Der US-Dollar erreichte im November gegenüber dem Euro seinen Jahreshöchstkurs bei rund 1,12 Dollar. Schwächere US-Konjunkturindikatoren und Signale der US-Notenbank, den Zinsanstieg bedächtiger zu vollziehen, brachten den Aufstieg des US-Dollars im Jahr 2018 zum Erliegen. Gegenüber dem Euro beendete die US-Währung das Jahr 2018 mit einem Kurs von rund 1,15 Dollar pro Euro.

DAX minus 18 Prozent

Der deutsche Leitindex startete zunächst erfreulich in das Jahr 2018. So konnte der DAX in den ersten Wochen deutlich um rund 700 Punkte auf das Jahreshoch von 13.559 Punkten klettern. Im weiteren Verlauf des Jahres bewegte sich der DAX volatil, aber beharrlich nach unten. Die Belastungsfaktoren waren wie an den Renten- und Devisenmärkten sowohl geopolitisch als auch konjunkturell geprägt. Neben Sondereffekten bei einigen Unternehmen, wie der holprigen Einführung des neuen Abgastestverfahrens WLTP und dem damit verbundenen Zulassungsstau in der Automobilindustrie, aber auch die durch hohe Risiken geprägte Übernahme von Monsanto durch Bayer, belastete den DAX insbesondere die hohe Exportabhängigkeit der deutschen Unternehmen. Am Jahresende stand der DAX mit 10.559 Punkten 3.000 Punkte unter dem Jahreshoch und 18 % unter dem Wert, den er zu Jahresbeginn vorweisen konnte.

Entwicklung in der PSD Bankengruppe im Jahr 2018

Die PSD Banken blieben auch im Jahr 2018 auf Wachstumskurs. Die addierte Bilanzsumme der 14 Banken stieg um 746 Mio.EUR auf insgesamt 24.729 Mio.EUR an.

II.2 Geschäftsverlauf der PSD Bank Nürnberg eG

Die Geschäftsentwicklung verlief im Geschäftsjahr 2018 erfolgreich und entsprach im Wesentlichen den in der Vorperiode berichteten Prognosen. Im Einlagengeschäft konnten die Wachstumsziele übertroffen werden. Dieses Wachstum war auch in diesem Jahr durch liquide und kurzlaufende Einlagen geprägt. Im Kreditgeschäft wurde das geplante Neuzusagevolumen und das Kreditwachstumsziel übertroffen. Dies ist weiterhin auf die hohe Immobiliennachfrage unserer Kunden und die niedrigen Zinsen für Baufinanzierungskredite zurückzuführen. Die Konkurrenzsituation bei den Baufinanzierungen war auch im Jahr 2018 ausgeprägt.

Im Einzelnen zeigt sich folgendes Bild:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Bilanzsumme	<u>3.713.140</u>	<u>3.290.656</u>	+	422.484	12,8
Außerbilanzielle Geschäfte	<u>631.431</u>	<u>842.219</u>	-	210.788	25,0

Die Bank hat im Berichtszeitraum ein über dem Vorjahr liegendes Wachstum zu verzeichnen, das weiterhin auf ein deutliches Kreditwachstum sowie weitere Pfandbriefemissionen zurückzuführen ist.

Die Bilanzsumme erhöhte sich um 422.484 TEUR auf 3.713.140 TEUR.

Die außerbilanziellen Geschäfte setzen sich aus Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 460 TEUR (Bürgschaften), aus unwideruflichen Kreditzusagen in Höhe von 355.971 TEUR und derivativen Geschäften in Höhe von nominell 275.000 TEUR zusammen. Der Rückgang der außerbilanziellen Geschäfte resultiert aus der vorzeitigen Beendigung eines Caps von nominal 320.000 TEUR.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Kundenforderungen	<u>2.857.537</u>	<u>2.516.417</u>	+	341.120	13,6
Wertpapiere	<u>585.760</u>	<u>604.028</u>	-	18.268	3,0
Forderungen an Kreditinstitute	<u>46.788</u>	<u>17.500</u>	+	29.288	167,4

Die Entwicklung des Kreditgeschäftes verlief positiver als erwartet. Im Berichtsjahr konnte das Kreditvolumen aufgrund von Neuzusagen weiter erhöht werden.

Der Anteil der Kundenforderungen an der Bilanzsumme ist leicht angestiegen.

Der Anteil der Wertpapieranlagen an der Bilanzsumme ist zu Gunsten der Bankguthaben leicht gesunken. Die Forderungen an Kreditinstituten haben sich in erster Linie bei den täglich fälligen Forderungen erhöht.

Passivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	470.794	335.543	+	135.251	40,3
Spareinlagen von Kunden	862.381	849.460	+	12.921	1,5
andere Einlagen von Kunden	2.064.039	1.825.893	+	238.146	13,0

In der Struktur der Passivseite sind im Berichtsjahr keine wesentlichen Veränderungen zu verzeichnen. Die Kundengelder erhöhten sich im Berichtsjahr um 251.067 TEUR. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und die anderen Einlagen von Kunden haben sich im Wesentlichen durch die weitere Emission von Pfandbriefen erhöht. Die Zinsentwicklung sowie die anhaltende Niedrigzinsphase am Geld- und Kapitalmarkt ließ die Kunden weiterhin vor allem kurzfristige Anlageformen nachfragen.

Dienstleistungsgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	1.617	1.668	-	51	3,1
andere Vermittlungserträge	635	534	+	101	18,9
Erträge aus Zahlungsverkehr	627	433	+	194	44,8

Die Erträge aus Dienstleistungsgeschäften konnten im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden. Die Entwicklung des Dienstleistungsgeschäftes verlief erwartungsgemäß.

Investitionen

Die Gesamtinvestitionen betragen im Berichtsjahr 68.399 TEUR; für Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden 401 TEUR investiert.

Im Mittelpunkt der Investitionen standen im Berichtsjahr weiterhin im Bereich Grundstücke und Gebäude Ausgaben für den Erwerb von fremdgenutzten Immobilien in Höhe von 67.963 TEUR.

Die Auswirkungen auf die künftige Ertragslage (Investitionsfolgekosten) stellen sich im Wesentlichen wie folgt dar:

- Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge aus Vermietung und Verpachtung.
- Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen aus Bewirtschaftungs- und Instandhaltungskosten fremdgenutzter Immobilien
- Anstieg der Abschreibungen auf Sachanlagen.

Personal- und Sozialbereich

Die Zahl der Beschäftigten stieg an. Wir sind weiter bemüht, die kundennahen Bereiche durch hochqualifizierte beratungs- und vertriebsorientierte Kräfte zu verstärken.

Die Altersstruktur unserer Mitarbeiter entspricht den betrieblichen Erfordernissen.

Die betrieblichen Sozialleistungen der Bank bewegen sich im üblichen Rahmen.

Es bestehen Regelungen zur betrieblichen Altersversorgung.

Die Mitarbeiter werden nach den tariflichen Vereinbarungen entlohnt.

Um den erhöhten Anforderungen gerecht zu werden, wird von den externen Fortbildungsmöglichkeiten rege Gebrauch gemacht.

Darüber hinaus führen wir regelmäßig interne Schulungsmaßnahmen durch.

Weitere nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

- Belange des Umweltschutzes

Die Umweltschutzbedingungen wurden eingehalten.

- Entwicklung des Kundenstammes

Unser Kundenkreis setzt sich grundsätzlich aus Privatpersonen zusammen.

Unseren Mitglieder- und Kundenbestand haben wir im Berichtsjahr weiter ausbauen können.

- Gesellschaftliche Reputation

Wir fördern in erster Linie gemeinnützige und karitative Organisationen sowie den Breitensport in unserem Geschäftsgebiet.

Im Berichtsjahr haben wir Zuwendungen/Spenden in Höhe von 230 TEUR erbracht. Darunter seien beispielhaft als große Spendenempfänger die Sportvereinigung St.Johannis, Lilith e.V., die Lobby für Kinder e.V., der Krisendienst Mittelfranken sowie drei Freiwillige Feuerwehren in Fürth/Land genannt.

Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr war durch keine außergewöhnlichen Vorgänge gekennzeichnet.

II.3. Darstellung der Lage der PSD Bank Nürnberg eG

II.3.1 Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten unserer Bank haben sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt entwickelt:

Gewinn- und Verlustrechnung	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Zinsüberschuss ¹⁾	47.064	41.588	+	5.476	13,2
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	7.382	2.583	+	4.799	185,8
Provisionsüberschuss ²⁾	-4.696	-2.549	-	2.147	84,2
Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwendungen	14.729	13.305	+	1.424	10,7
b) andere Verwaltungsaufwendungen	16.258	14.911	+	1.347	9,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis ³⁾	1.462	3.467	-	2.005	57,8
Bewertungsergebnis ⁴⁾	-6.226	790	-	7.016	888,1
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	11.907	15.793	-	3.886	24,6
Steueraufwand	5.545	6.519	-	974	14,9
Jahresüberschuss	6.362	6.174	+	188	3,0

1) GuV - Posten 1 abzüglich GuV - Posten 2.

2) GuV - Posten 5 abzüglich GuV - Posten 6.

3) GuV - Posten 8 abzüglich GuV - Posten 12.

4) GuV - Posten 13 - 16

Im Berichtsjahr war ein Anstieg des Zinsüberschusses um 5.476 TEUR auf 47.064 TEUR zu verzeichnen.

Die Veränderung begründet sich hauptsächlich durch den Rückgang des Zinsaufwandes aus Derivaten.

Aufgrund der Ausschüttung der ordentlichen Erträge aus Fonds erhöhten sich die laufenden Erträge. Im Vorjahr wurden die ordentlichen Erträge thesauriert.

Die negativen Veränderungen des Provisionsüberschusses um -2.147 TEUR auf -4.696 TEUR sind zurückzuführen auf gestiegene Provisionsaufwendungen aus dem Vermittlungsgeschäft im Baufinanzierungsbereich aufgrund des überplanmäßig gestiegenen Kreditwachstums.

Die Veränderungen der Personalkosten sind zurückzuführen auf tarifliche sowie persönliche Anpassungen und Neueinstellungen.

Die Veränderungen der anderen Verwaltungsaufwendungen sind zurückzuführen auf allgemeine Preissteigerungen sowie erhöhte Geschäftstätigkeit.

Die Veränderungen des sonstigen betrieblichen Ergebnisses sind u.a. zurückzuführen auf den Aufwand in Höhe von 854 TEUR aus der Währungsumrechnung sowie Aufwendungen aus Bewirtschaftungs- und Instandhaltungskosten fremd genutzter Immobilien in Höhe von 1.156 TEUR.

Die sonstigen betrieblichen Erträge aus Vermietung und Verpachtung erhöhten sich von im Vorjahr 1.791 TEUR um 2.237 TEUR auf 4.028 TEUR im Berichtsjahr. Abschreibungen auf fremdgenutzte Gebäude stiegen von im Vorjahr 971 TEUR um 1.055 TEUR auf 2.026 TEUR im Berichtsjahr an.

Das Bewertungsergebnis konnte aufgrund des Kursrückgangs bei Wertpapieren und Investmentanlagen sowie wegen der geänderten Berechnungslogik der handelsrechtlichen Pauschalwertberichtigung nicht auf dem Niveau des Vorjahres gehalten werden.

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit hat sich im Vorjahresvergleich spürbar reduziert. Einmaleffekte ergaben sich durch die geänderte Berechnungslogik der handelsrechtlichen Pauschalwertberichtigung sowie die vorzeitige Beendigung des Caps.

Das Ergebnis ließ den Steueraufwand um -974 TEUR auf 5.545 TEUR absinken. Vom Bilanzgewinn in Höhe von 6.362 TEUR werden mit Feststellung des Jahresabschlusses 5.443 TEUR den Rücklagen zugewiesen. Die Entwicklung der Ertragslage entsprach mit Ausnahme des Wertpapier Bewertungsergebnisses den Erwartungen.

II.3.2 Finanz- und Liquiditätslage

Aufgrund der Mittelzuflüsse bei den Kundeneinlagen, des Wertpapierbestandes in der Liquiditätsreserve und der Möglichkeit zur Refinanzierung ist die Liquidität jederzeit gegeben. Unsere Refinanzierungsstruktur ist überwiegend durch Geschäftsbeziehungen mit Privatkunden geprägt. Einen steigenden Anteil an den Refinanzierungen machen Pfandbriefemissionen an institutionelle Investoren sowie Termingeldaufnahmen bei anderen Banken aus. Die vorhandenen liquiden Mittel reichten im Geschäftsjahr zu jeder Zeit aus, um die aufsichtsrechtlichen Anforderungen (Mindestreservebestimmungen und Bestimmungen der CRR) zu erfüllen und bieten ausreichend Freiraum für die Ausweitung des Bankgeschäfts im Rahmen der strategischen Planung. Die Liquidity Coverage Ratio betrug 133. Sie liegt über der einzuhaltenden Kennziffer. Die Liquidity Coverage Ratio wird eng überwacht. Das Angebot der Deutschen Bundesbank, Refinanzierungsgeschäfte in Form von Offenmarktgeschäften (Hauptrefinanzierungsgeschäfte) abzuschließen, wurde nicht genutzt. Übernachtskredite (Spitzenrefinanzierungsfazilität) wurden nicht in Anspruch genommen. Die Zahlungsfähigkeit war im Berichtsjahr stets gegeben. Mit einer Beeinträchtigung der Liquiditätslage ist auch in den folgenden Jahren nicht zu rechnen. Bis zur Erstellung des Lageberichts liegen keine Umstände vor, die die Liquiditätslage der Bank nachteilig verändern könnten.

II.3.3 Vermögenslage

Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital stellt sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

Eigenkapital	Berichtsjahr	Vorjahr	+/-	Veränderung	
	TEUR	TEUR		TEUR	%
Gezeichnetes Kapital	22.004	21.581	+	423	2,0
Rücklagen	113.115	107.840	+	5.275	4,9

Die Bank verfügt über eine angemessene Eigenkapitalausstattung. Sie entspricht den Anforderungen und erlaubt darüber hinaus ein stetiges Geschäftswachstum in den nächsten Jahren. Durch Gewinnthesaurierung und moderaten Ausbau der Geschäftsguthaben unserer Mitglieder konnte das Eigenkapital leicht erhöht werden. Daneben besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 103.500 TEUR (Vorjahr 103.500 TEUR).

Für unser geplantes Geschäftswachstum im laufenden und darauf folgenden Geschäftsjahr ist eine ausreichende Eigenkapitalbasis sichergestellt.

Die Vermögenslage der Bank ist dem Geschäftsumfang angemessen. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf die vorhandenen stillen Reserven bei den Wertpapieranlagen. Die Stärkung der Eigenmittelausstattung ist weiterhin ein vorrangiges Ziel der Geschäftspolitik. Die Vermögenslage der Bank ist geordnet.

Der Anteil der bilanziellen Eigenmittel an der Bilanzsumme konnte insbesondere durch Aufnahme von Nachrangkapital von 7,94 % auf 7,96 % leicht verbessert werden.

Die Kernkapitalquote beläuft sich auf 11,45 % und ist gegenüber dem Vorjahr deutlich zurückgegangen.

Die Gesamtkapitalquote beläuft sich auf 13,40 % und ist gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen. Sie liegt weiterhin deutlich über der vorgeschriebenen Norm. Die aufsichtsrechtlich geforderte Eigenkapitalunterlegung der Risikoaktiva wurde eingehalten. Ursächlich für den Rückgang der Kern- und Gesamtkapitalquote ist das hohe Wachstum im Kundenkreditgeschäft.

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Nettogewinn (Anmerkung: Nettogewinn = Jahresüberschuss nach Steuern) und Bilanzsumme) beläuft sich auf 0,17 %.

Wesentliche Aktiv- und Passivstrukturen

Kundenforderungen

Der Anteil der Kundenforderungen (Aktiva 4) an der Bilanzsumme beträgt 76,9 %.

Im Kundenkreditgeschäft bestehen keine besonderen strukturellen Risiken und Risikokonzentrationen.

Akute Risiken im Kreditgeschäft sind in voller Höhe durch Einzelwertberichtigungen abgesichert.

Die geänderte Ermittlung der handelsrechtlichen Pauschalwertberichtigung auf Basis des erwarteten Verlusts führte zu einem erhöhten Aufwand von 1.677 TEUR.

Die aufsichtsrechtlichen Kreditgrenzen sowie die festgelegten Kreditbeschränkungen nach § 49 GenG wurden im Berichtszeitraum stets eingehalten.

Wertpapiere

Die Wertpapieranlagen unserer Bank setzen sich wie folgt zusammen:

Wertpapiere	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Anlagevermögen	50.471	40.945	+	9.526	23,3
Liquiditätsreserve	535.289	563.083	-	27.794	4,9

Die eigenen Wertpapieranlagen haben insgesamt einen Anteil von 15,78 % an der Bilanzsumme. Hiervon entfällt ein Anteil von 7,32 % auf Schuldverschreibungen und festverzinsliche Wertpapiere bzw. von 8,46 % auf andere nicht festverzinsliche Wertpapiere.

In den festverzinslichen Anlagen sind EUR-Anleihen ausländischer Emittenten in Höhe von 168.075 TEUR enthalten.

Bei den nicht festverzinslichen Wertpapieren handelt es sich im Wesentlichen um Fondsanlagen.

Vom gesamten Wertpapierbestand wurde ein Teilbetrag in Höhe von 50.471 TEUR wie Anlagevermögen bewertet.

Darüber hinaus ergaben sich Kursreserven zum Bilanzstichtag.

Kurswertrisiken werden im Rahmen einer risikoorientierten Anlagepolitik nur in begrenztem Umfang zugelassen. Sie werden permanent im Rahmen der bankinternen Grundsätze überwacht.

Derivategeschäfte

Zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv-Passiv-Steuerung) wurden Zinsderivate in einem Umfang von 275.000 TEUR eingesetzt. Diese Derivate werden in die verlustfreie Bewertung des Zinsbuches einbezogen.

II.4 Zusammenfassende Beurteilung des Geschäftsverlaufs und der Lage

Die Geschäftsentwicklung der PSD Bank Nürnberg eG verlief insgesamt gut und entsprach im Wesentlichen den in der Vorperiode berichteten Prognosen.

Unsere Bank verfügt über eine solide Finanz- und Vermögenslage. Die Anforderungen an das Eigenkapital und die Liquidität wurden jederzeit eingehalten. Die Ertragslage ist angemessen.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung als angemessen zu bezeichnen.

III. Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

III.1 Risikomanagementsystem

Das Risikomanagement ist für uns eine zentrale Aufgabe und an dem Grundsatz ausgerichtet, die mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken frühzeitig zu erkennen, vollständig zu erfassen und in angemessener Weise auch über den Bilanzstichtag hinaus darzustellen.

Die ordnungsgemäße Organisation sowie die wesentlichen Elemente des Risikomanagements obliegen dem Vorstand. Die Identifikation, Quantifizierung, Limitierung und Überwachung der Risiken sowie die Ableitung von Handlungsvorschlägen für den Vorstand, erfolgt durch das Risikocontrolling als unabhängige Risikoüberwachungseinheit. Die Ausgestaltung des Risikomanagements ist bestimmt durch unsere Geschäfts- und Risikostrategie, die regelmäßig überprüft wird. Die bewusste Übernahme, aktive Steuerung und gezielte Transformation von Risiken gehören zu den Kernfunktionen der Bank.

Dabei gehen wir nur Risiken ein, die im Rahmen unserer Risikotragfähigkeit liegen.

Die Bank verfügt über ein angemessenes System zur Risikoidentifikation, -bewertung, -steuerung und -überwachung, welches in die Gesamtbankplanung und Gesamtbanksteuerung integriert und im Risikohandbuch dokumentiert ist. Die angewandten Methoden und Verfahren zur Risikomessung und -steuerung sowie die ihnen zugrunde liegenden Parameter und Annahmen werden kontinuierlich weiterentwickelt und regelmäßig den Anforderungen der Bank und den aktuellen Marktgegebenheiten angepasst.

Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur identifizieren, quantifizieren, beurteilen und dokumentieren wir unsere Risiken und legen die für uns wesentlichen Risiken fest.

Im Rahmen der Risikobeurteilung erfolgt die Einstufung der Risikoarten in die Kategorien 'wesentliches Risiko' bzw. 'unwesentliches Risiko'. Für die als wesentlich eingestufteten Risikoarten werden entsprechende Risikostrategien entwickelt.

Die Risikoquantifizierung erfolgt anhand des GuV-orientierten Konzepts.

Die Ergebnisse der Risikoidentifizierung und -bewertung werden im Risikohandbuch dokumentiert.

Die identifizierten Risiken werden, abhängig von der Bedeutung für die Bank, in geeigneter Weise laufend überwacht und gesteuert. Unsere Risikosteuerung zielt nicht auf die vollständige Risikovermeidung, sondern vielmehr auf eine zielkonforme und systematische Risikohandhabung ab. Dabei beachten wir insbesondere den Grundsatz, nur Geschäfte, die die Risikotragfähigkeit und die Überlebensfähigkeit der Bank nicht gefährden, einzugehen.

Grundlage der Risikosteuerung sind unsere im Rahmen der strategischen Unternehmensplanung festgelegte Geschäfts- und Risikostrategie, die hieraus abgeleiteten operativen Zielgrößen und Plandaten sowie die Risikotragfähigkeit der Bank.

Unser GuV-orientiertes Risikotragfähigkeitskonzept knüpft an Jahresabschlussgrößen an und berücksichtigt bilanzwirksame Wachstumsziele sowie Aufwands- und Ertragsziele.

Vorgenannte Ziele werden kontinuierlich im Rahmen des Soll /Ist Vergleichs mittels Bilanz-, Wachstums-, Markt- und Branchenanalysen, Ergebnisvorschaurechnung, Szenariotechniken und Auslastung vorgegebener Risikobudgets überwacht.

Basierend auf der Risikodeckungsmasse aus dem Ergebnis und der Substanz nach Abzug eines Risikopuffers wird zum Jahresbeginn für das gesamte Geschäftsjahr das Gesamtbanklimit bestimmt und auf die einzelnen Risikoarten unter Berücksichtigung der strategischen Ausrichtung der Bank, der Erwartungen für die Zukunft und Risikokonzentrationen allokiert.

Die Risiken werden in so genannten Risikoszenarien monatlich gemessen und dem Limitsystem gegenübergestellt. Auftretende Verluste begrenzen wir zusätzlich durch ein Verlustlimitsystem.

Dabei kommen je nach Risikoart unterschiedliche Messverfahren zur Anwendung (z.B. Credit Value at Risk, Szenarioanalysen oder Expertenschätzungen). Es werden anerkannte EDV-Instrumente und -verfahren eingesetzt, die den gesetzlichen sowie bankinternen Grundsätzen entsprechen.

Auf dieser Basis wird dann die Limitauslastung ermittelt. Eine Limitauslastung zieht je nach Größenordnung unterschiedliche Maßnahmen nach sich. So werden beispielsweise bei einer zu hohen Limitauslastung die Ursachen analysiert und ggf. Maßnahmen zur Risikoreduzierung bzw. zur Limiterhöhung eingeleitet.

Zusätzlich zur Betrachtung des aktuellen Geschäftsjahres wird eine Betrachtung der Risikotragfähigkeit rollierend auf 12 Monate durchgeführt. Zur Steuerung von Risikokonzentrationen finden weitere Limitsysteme Anwendung. Aufbauend auf den Ergebnissen unserer Risikoinventur haben wir Stresstests entwickelt, die Risikofaktoren, Risikokonzentrationen und Diversifikationseffekte berücksichtigen. Die Stresstests beinhalten sowohl Sensitivitätsanalysen als auch Szenarioanalysen und umfassen sowohl historische als auch hypothetische Szenarien. Neben den regelmäßig durchgeführten Stresstests werden bei Änderungen der Rahmenbedingungen auch anlassbezogene Stresstests durchgeführt. Darüber hinaus führen wir auch inverse Stresstests sowie den hypothetischen Stresstest 'schwerer konjunktureller Abschwung' durch.

Die Stresstestergebnisse sind angemessen in unser Berichtswesen integriert. Die Ergebnisse werden kritisch hinsichtlich eines möglichen Handlungsbedarfs reflektiert.

Der Fortbestand unserer Bank ist nach unseren Stresstests nicht gefährdet.

Die für die Risikosteuerung relevanten Daten werden zu einem internen Berichtswesen aufbereitet und verdichtet. Die Informationsweitergabe erfolgt entweder im Rahmen einer regelmäßigen Risikoberichterstattung oder in Form einer Ad hoc-Berichterstattung an Vorstand und Aufsichtsrat.

Die Funktionsfähigkeit und Angemessenheit aller Risikocontrolling- und Risikomanagement-Aktivitäten wird durch die Interne Revision geprüft.

III.2 Risikokategorien

Für unsere Bank sind die im Folgenden dargestellten Risikokategorien relevant.

III.2.1 Adressenausfallrisiken

Unter Adressenausfallrisiko verstehen wir die Gefahr, dass Verluste oder entgangene Gewinne aufgrund des Ausfalls von Geschäftspartnern, der Migration oder der adressbezogenen Spreadveränderung das erwartete Ausmaß übersteigen.

Kreditrisiken

Kreditrisiken aus dem (Kunden-) Kreditgeschäft haben für uns betriebswirtschaftlich eine hohe Bedeutung. Adressenausfallrisiken im Kundengeschäft werden periodisch gemessen und auf die entsprechenden Risikolimiten angerechnet. Ein Abgleich mit den eingetretenen Adressenausfallrisiken erfolgt je Berichtsstichtag. Die Bank setzt zur Messung der Adressenausfallrisiken im Kundengeschäft interne Rating- und Scoring-Verfahren ein. Als Risikoausweis stellen wir die Summe aus erwartetem und unerwartetem Verlust dar. Den erwarteten Verlust messen wir für alle Kunden, die mit dem VR Rating geratet wurden, mit den Blankoanteilen und den Ausfallwahrscheinlichkeiten nach Ratingklassen des VR Rating. Kredite, die nicht in das VR-Ratingverfahren einbezogen wurden, erhalten ein risikoadäquates Ersatzrating. Den unerwarteten Verlust ermitteln wir über ein analytisches Kreditportfoliomodell. Als Stresstest wurde der Ausfall der größten Kredite (auf Blankobasis) berücksichtigt sowie eine Abwertung der Sicherheiten berechnet und die Verkraftbarkeit im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung überprüft.

Im Rahmen der Kreditgewährung nehmen wir regelmäßig Sicherheiten herein. Ihren Wert setzen wir im Rahmen unserer Risikobetrachtung nur in der Höhe an, in der ein Rückfluss im Falle einer zukünftigen Verwertung realistisch ist.

Unser Kreditportfolio besteht überwiegend aus grundpfandrechtl. besicherten Darlehen an Privatkunden. Bei Krediten mit einem akuten Ausfallrisiko wird eine Einzelwertberichtigung der Forderung auf den niedrigeren beizulegenden Wert unter Berücksichtigung der Sicherungswerte bzw. der begründeten Realisationswerte vorgenommen. Für latente Risiken werden Pauschalwertberichtigungen gebildet. Uneinbringliche Forderungen werden abgeschrieben.

Unsere Risikostruktur im Kundenkreditgeschäft ist unverändert gut. Die Risikolage ist günstig. Nennenswerte Veränderungen zum Vorjahr haben sich nicht ergeben.

Kontrahenten- und Emittentenrisiken

Die Bank hält Eigenanlagen der genossenschaftlichen Finanzgruppe sowie anderer Emittenten. Für unsere Eigenanlagen haben wir unter Berücksichtigung unserer Substanz- und Ertragskraft ein System risikobegrenzender Limite eingeführt. Dabei wird auch eine Volumenslimitierung auf Geschäftspartnerebene durchgeführt. Sämtliche Limite werden durch ein vom Handel unabhängiges Risikomanagement überwacht und regelmäßig überprüft.

Zudem begegnen wir Emittenten- und Kontrahentenausfallrisiken in unseren Eigenanlagen grundsätzlich durch eine Beschränkung auf Handelspartner guter Bonität und Anlagen mit einem Investment Grade Rating.

Für die Identifizierung, Beurteilung und Überwachung der Risiken greifen wir auf die Ratingergebnisse von Ratingagenturen, Einschätzungen der DZ BANK AG, auf eigene Analysen von Berichten und Veröffentlichungen sowie eigene Beobachtungen der Spreadentwicklung der Emittenten zurück.

In den Standard- und Stressszenarien werden differenzierte Risikoansätze berücksichtigt.

Wir führen derzeit neben Verbundbeteiligungen auch Nichtverbundbeteiligungen. Das Beteiligungsrisiko wird als nicht bedeutend klassifiziert. Die Berücksichtigung im Risikotragfähigkeitskonzept erfolgt im Rahmen eines Risikopuffers.

Länderrisiken

Länderrisiken sind insgesamt von untergeordneter Bedeutung.

III.2.2 Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken werden definiert als Gefahr von Vermögensschäden, die sich aus einer Änderung von Marktzinssätzen, Wechselkursen, Aktien- oder Fondskursen oder anderer Marktparameter ergeben.

Zinsänderungsrisiko

Für unsere Bank ist wegen der bestehenden Inkongruenzen zwischen ihren aktiven und passiven Festzinspositionen insbesondere das Zinsänderungsrisiko relevant.

Das Zinsänderungsrisiko wird unter Berücksichtigung verschiedener Zinsszenarien monatlich ermittelt und dem vorhandenen Limit gegenübergestellt.

Wir steuern unser Zinsänderungsrisiko mittels einer dynamischen Zinselastizitätsbilanz.

Zur Quantifizierung der Auswirkungen bestimmter Marktveränderungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung und dem darin enthaltenen Abschreibungsrisiko werden Szenariobetrachtungen vorgenommen. Zur Quantifizierung der Risiken bewerten wir unsere Wertpapierbestände grundsätzlich täglich unter Zugrundelegung tagessaktueller Zinssätze und Kurse.

Zur Ermittlung von Zinsspannenrisiken werden eigene statistisch ermittelte Elastizitäten verwendet. Die Bank

ermittelt ihre Zinsszenarien auf Basis historischer Marktzinsveränderungen mittels mathematisch statistischer Verfahren (in Anlehnung an Value-at-Risk).

Zur Steuerung der globalen Zinsänderungsrisiken setzen wir Zinssicherungsinstrumente ein. Im Rahmen der Aktiv /Passiv Steuerung haben wir dazu Zinsswaps abgeschlossen.

Sonstige Marktpreisrisiken

Die übrigen Marktpreisrisiken werden entsprechend den aufsichtsrechtlichen Regelungen bei der Gesamtbanksteuerung berücksichtigt. Bedeutende Risiken für die künftige Entwicklung sind hieraus nicht zu erwarten.

Für Währungsbestände, die täglich bewertet werden, führen wir entsprechende Risiko- und Verlustlimite.

In Spezialfonds gehaltene Vermögensgegenstände werden im Rahmen der Risikomessung den jeweiligen Anlageklassen zugeordnet und fließen dort in die Risikomessung ein. Für Investmentfondsanteile von Publikumsfonds wird ein Value-at-Risk auf der Basis individueller Risikokennzahlen, die von der Kapitalgesellschaft mitgeteilt werden, angesetzt.

Insgesamt bewegen sich die Marktpreisrisiken innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen Limitsystems.

III.2.3 Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko besteht in der Gefahr, dass die jederzeitige Zahlungsfähigkeit nicht gegeben ist, weil die benötigten Finanzmittel nicht zur Verfügung stehen. Das Liquiditätsrisiko umfasst das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne (Abruf- und Terminrisiko) sowie das Liquiditätsanspannungsrisiko.

Die Liquiditätsrisiken sind auf Grund der Zugehörigkeit zur Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken von untergeordneter Bedeutung. Es erfolgt keine Anrechnung der Liquiditätsrisiken im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes der Bank.

Die Gefahr, dass mangels ausreichender Marktliquidität Liquidationen erschwert werden, schätzen wir derzeit als gering ein.

Die Steuerung der Liquiditätsrisiken erfolgt anhand der Anforderungen der CRR sowie in einem Liquiditätsmonitoring.

Die Liquidität wird auch durch Fälligkeitslisten und Warngrenzen zu den relevanten Kennziffern überwacht.

Um unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachkommen zu können, stehen uns insbesondere folgende Refinanzierungsquellen zur Verfügung: Kundenanlagen, Emissionen eigener Schuldverschreibungen (Pfandbriefe), Refinanzierung über die Zentralbank, Kreditzusagen der DZ BANK AG sowie bei der EZB beleihbare Wertpapiere.

Als Stresstests werden erhöhte Liquiditätsabflüsse von Einlagen und offenen Kreditzusagen, Marktpreisveränderungen und deren Auswirkungen auf die Liquiditätssituation der Bank simuliert.

Für den Fall eines Liquiditätsengpasses wurde ein Notfallplan festgelegt. Durch die Einbindung in den genossenschaftlichen Finanzverbund und die Möglichkeit der Pfandbriefrefinanzierung bestehen ausreichende Refinanzierungsmöglichkeiten, um unerwartete Zahlungsstromschwankungen auffangen zu können.

III.2.4 Operationelle Risiken

Als operationelle Risiken definieren wir die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder aufgrund externer Einflüsse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken und dolose Handlungen mit ein.

Wesentliche identifizierte operationelle Risiken werden in einer Schadensdatenbank erfasst. Auf Basis dieser Schadensfalldatenbank werden die Risiken jährlich analysiert und beurteilt. Für die Ermittlung des operationellen Risikos führen wir eine Expertenschätzung durch. Die operationellen Risiken sind ebenfalls Bestandteil der regelmäßigen Stresstests. Dabei wird im Rahmen von Stresstests eine erhöhte Eintrittswahrscheinlichkeit von Schadensfällen mit zugleich erhöhtem Schadenspotential simuliert.

Den operationellen Risiken begegnen wir mit unterschiedlichen Maßnahmen. Dazu zählen insbesondere Arbeitsanweisungen, die Einhaltung einer ausreichenden Funktionstrennung, die laufende Optimierung der Arbeitsabläufe, Mitarbeiterschulungen, der Einsatz von Sicherheits-, Compliance-, Datenschutz- und Geldwäschebeauftragten, laufende Investitionen in neue DV-Systeme über die von uns beauftragte Rechenzentrale und Backup-Einrichtungen. Zusätzlich hat unser Haus eine Notfallplanung erstellt.

Versicherbare Gefahrenpotenziale, (z.B. Diebstahl- und Betrugsrisiken) haben wir durch Versicherungsverträge in banküblichem Umfang abgesichert.

Dem Rechtsrisiko begegnen wir durch die Verwendung der im Verbund entwickelten Formulare bzw. von rechtlich geprüften Vertragsvordrucken. Bei Rechtsstreitigkeiten nehmen wir juristische Hilfe in Anspruch.

Über die Steuerung bzw. Minimierung dieser Risikoarten hinaus prüft die eigene Interne Revision regelmäßig die Systeme und Verfahren sowie die wesentlichen Arbeitsabläufe.

III.2.5 Immobilienrisiko

Die Bank investiert im Rahmen ihres Eigenanlagengeschäftes in begrenztem Umfang direkt oder über Fonds

bzw. Beteiligungen in Immobilien. Die Risiken aus Immobilien werden über Szenario-Analysen oder Abschlagsverfahren quantifiziert und in das Risikotragfähigkeitssystem einbezogen. Im Rahmen von Stresstests wird ein erhöhter Abschlag auf den Marktwert unterstellt.

III.3 Gesamtbild der Risikolage

Im Geschäftsjahr 2018 war die Risikotragfähigkeit unter den von uns definierten Standardszenarien gegeben. Entsprechend unserer Risikobereitschaft wird nur ein bestimmter Teil der Risikodeckungsmasse zur Absorption der Risiken im Standardfall zur Verfügung gestellt. Damit stellen wir sicher, dass wir unseren Geschäftsbetrieb auch dann weiterführen können, wenn die von uns eingegangenen Risiken schlagend werden.

Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen haben wir im Jahr 2018 jederzeit eingehalten. Nach derzeitigem Planungsstand ist die Risikotragfähigkeit im Berichtszeitraum 2019 und 2020 angesichts der laufenden Ertragskraft und der Vermögens-/Substanzsituation der Bank gegeben. Die Risikolage ist im Hinblick auf die strategische Geschäftsentwicklung insgesamt als günstig einzustufen. Bestandsgefährdende Risiken sind nicht erkennbar.

IV. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die Prognosen, die sich auf die Entwicklung der PSD Bank Nürnberg eG für die nächsten beiden Geschäftsjahre beziehen, stellen Einschätzungen dar, die wir auf Basis der zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen getroffen haben. Wir weisen darauf hin, dass sich die Prognosen durch die Veränderungen der zugrunde liegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können.

Das geschäftliche Umfeld und die Entwicklung der Kreditgenossenschaften werden nach unseren Einschätzungen auch in den kommenden Jahren von dem verstärkten Wettbewerb und sich weiter entwickelnden Kundenansprüchen, den wachsenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen und dem Preisdruck bei den Standardprodukten geprägt.

Insbesondere durch den Wettbewerbsdruck, die Digitalisierung und neue Wettbewerber im Internet sowie die Niedrigzinsphase werden die Anforderungen an die Produktpalette sowie die Preispolitik steigen. Im Mittelpunkt unserer Bemühungen stehen daher eine Stärkung der Kundenbeziehungen durch umfassende und qualifizierte Beratung, marktgerechte Konditionen sowie der Ausbau des Angebotes digitaler Bankleistungen.

In den nächsten Geschäftsjahren wollen wir unsere Marktstellung weiter ausbauen. Durch die weitere Intensivierung der Geschäftsbeziehung mit unseren Kunden und Mitgliedern sowie durch die Gewinnung neuer Kunden rechnen wir in den nächsten Geschäftsjahren mit einem weiterhin wachsenden Kundengeschäftsvolumen. Im Kundenkreditgeschäft erwarten wir für die nächsten beiden Jahre ein deutliches Wachstum. Im Einlagengeschäft gehen wir infolge der andauernden Niedrigzinsphase von einem nur geringen Wachstum aus.

Für die Ertragslage ist auch in den kommenden Jahren die Entwicklung der Zinsspanne von entscheidender Bedeutung. Die Ertragslage wird nach unseren Erwartungen auch in den kommenden beiden Jahren insbesondere von der Niedrigzinsphase geprägt werden. Wir rechnen trotz des geplanten Kundengeschäftswachstums in den nächsten beiden Jahren mit einem leicht sinkenden Zinsüberschuss in Relation zur durchschnittlichen Bilanzsumme.

Bei den Sach- und Personalaufwendungen erwarten wir einen leichten Anstieg aufgrund des wachsenden Kundengeschäftsvolumens. Abschreibungen auf Sachanlagen werden sich in Folge der Immobilieninvestitionen deutlich erhöhen.

Neben den prognostizierten tariflichen Gehaltssteigerungen investieren wir weiter in die Qualifikation unserer Mitarbeiter. Nicht zuletzt dadurch steigen die Qualität, der Wirkungsgrad und die Produktivität der Dienstleistung unserer Bank. Durch unsere Geschäftsplanungen erwarten wir steigende Mitarbeiterzahlen.

Bei der Risikovorsorge für das Kreditgeschäft gehen wir für die nächsten Geschäftsjahre in Folge des wachsenden Kundenkreditvolumens von einem geringfügigen Anstieg aus ohne Berücksichtigung des einmaligen Sondereffektes der Erhöhung der Pauschalwertberichtigung. Aufgrund unserer konservativen Anlagestrategie gehen wir für die nächsten beiden Geschäftsjahre von einem verbesserten Bewertungsergebnis unserer Wertpapierbestände aus.

Nach unserer Ergebnisvorschaurechnung für die Geschäftsjahre 2019 und 2020 rechnen wir mit einer weiterhin angemessenen Ertragslage. Mit einer Beeinträchtigung der Liquiditätslage ist aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge und den zur Verfügung stehenden Refinanzierungsmöglichkeiten auch in den nächsten beiden Geschäftsjahren nicht zu rechnen.

Nach unseren Planungsrechnungen erwarten wir eine Stärkung unseres Eigenkapitals durch die voraussichtliche künftige Dotierung der Rücklagen und des Sonderpostens für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB. Wir erwarten für die nächsten beiden Geschäftsjahre aufgrund des geplanten Kundengeschäftswachstums eine leicht fallende Eigenkapitalquote. Wir gehen davon aus, dass der aufsichtsrechtlich geforderte Mindestwert eingehalten wird. Insgesamt erwarten wir, dass sich die Geschäfte der PSD Bank Nürnberg eG gut entwickeln werden. Wir erwarten eine angemessene Finanz-, Ertrags- und Vermögenslage und die jederzeitige Einhaltung

der Anforderungen an das Eigenkapital und die Liquidität. Wesentliche Risiken in der geschäftlichen Entwicklung bestehen in einer unerwartet stark steigenden Zinsentwicklung, die zu einer Beeinträchtigung des geplanten Zinsergebnisses führen könnte.

Weitere wesentliche Chancen sehen wir in der Emission von Pfandbriefen, Erträgen aus Immobilieninvestitionen, der weiteren Digitalisierung und Optimierung unserer Geschäftsprozesse.

V. Zweigniederlassungen

Es bestehen keine Zweigniederlassungen.

Nürnberg, 14.02.2019

PSD Bank Nürnberg eG

Der Vorstand

gez. Johann Büchler

gez. Helmut Hollweck

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt. Er nahm seine Überwachungsfunktion wahr und fasste die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse. Dies umfasste auch die Befassung mit der Prüfung nach § 53 GenG. Den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses hat der Aufsichtsrat geprüft und in Ordnung befunden. Der Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses entspricht den Vorschriften der Satzung.

Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat und die Ausschüsse des Aufsichtsrates in regelmäßig stattfindenden Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie über besondere Ereignisse. Darüber hinaus stand der Aufsichtsratsvorsitzende in einem engen Informations- und Gedankenaustausch mit dem Vorstand.

Der vorliegende Jahresabschluss 2018 mit Lagebericht wurde vom Verband der PSD Banken e.V. geprüft. Über das Prüfungsergebnis wird in der Generalversammlung berichtet.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Generalversammlung, den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss zum 31.12.2018 festzustellen und die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses zu beschließen.

Nürnberg, 08.03.2019

gez. Josef Süß
(Vorsitzender des Aufsichtsrats)

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			4 311 961,07		3 144
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			25 802 145,66		24 277
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	25 802 145,66				(24 277)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			-	30 114 106,73	-
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			-		-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-				(-)
b) Wechsel			-	-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			32 588 070,79		8 344
b) andere Forderungen			14 199 515,39	46 787 586,18	9 157
4. Forderungen an Kunden				2 857 536 918,84	2 516 417
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	2 235 201 607,74				(1 977 016)
Kommunalkredite	-				(-)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		-			-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
ab) von anderen Emittenten		-			-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		58 220 415,40			56 590
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	53 199 970,19				(48 485)
bb) von anderen Emittenten		213 384 114,00	271 604 529,40		228 874
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	191 583 249,08				(201 794)
c) eigene Schuldverschreibungen			-	271 604 529,40	-
Nennbetrag	-				(-)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				314 155 529,06	318 563
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			11 147 260,68		10 637
darunter: an Kreditinstituten	-				(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			3 050,00	11 150 310,68	3
darunter: bei Kreditgenossenschaften	-				(-)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				21 091 546,93	19 876
darunter: an Kreditinstituten	-				(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
9. Treuhandvermögen				7 577,54	10
darunter: Treuhandkredite	7 577,54				(10)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				-	-
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			-		-
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			93 216,00		152
c) Geschäfts- oder Firmenwert			-		-
d) Geleistete Anzahlungen			-	93 216,00	-
12. Sachanlagen				154 381 584,94	89 269
13. Sonstige Vermögensgegenstände				5 345 851,92	4 470
14. Rechnungsabgrenzungsposten				871 650,36	873
Summe der Aktiva				3 713 140 408,58	3 290 656

Passivseite

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			54 616,41		15 000
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			<u>470 739 540,30</u>	470 794 156,71	<u>320 543</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		<u>833 241 358,88</u>			<u>822 016</u>
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		<u>29 139 781,90</u>	<u>862 381 140,78</u>		<u>27 445</u>
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		<u>1 663 262 956,42</u>			<u>1 590 827</u>
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>400 775 853,34</u>	<u>2 064 038 809,76</u>	2 926 419 950,54	<u>235 066</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			-		-
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			-	-	-
darunter: Geldmarktpapiere	-				(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-				(-)
4. Treuhandverbindlichkeiten				7 577,54	10
darunter: Treuhandkredite	<u>7 577,54</u>				(-) 10
5. Sonstige Verbindlichkeiten				2 636 446,31	2 224
6. Rechnungsabgrenzungsposten				9 361,35	24
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			<u>9 688 397,00</u>		<u>8 603</u>
b) Steuerrückstellungen			<u>50 951,00</u>		<u>100</u>
c) andere Rückstellungen			<u>6 369 629,57</u>	16 108 977,57	<u>5 825</u>
8.				-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				44 635 817,15	16 210
10. Genussrechtskapital				7 546 950,84	7 668
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	<u>7 546 950,84</u>				(-) 7 611
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				103 500 000,00	103 500
darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB	-				(-)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			<u>22 004 092,37</u>		<u>21 581</u>
b) Kapitalrücklage			-		-
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		<u>13 860 000,00</u>			<u>13 210</u>
cb) andere Ergebnisrücklagen		<u>99 255 313,87</u>			<u>94 630</u>
cc)		-	<u>113 115 313,87</u>		-
d) Bilanzgewinn			<u>6 361 764,33</u>	141 481 170,57	<u>6 174</u>
Summe der Passiva				<u>3 713 140 408,58</u>	<u>3 290 656</u>
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			<u>459 511,24</u>		<u>187</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-	459 511,24	-
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			<u>355 971 054,08</u>	355 971 054,08	<u>247 033</u>
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	-				(-)

2. Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2018

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		<u>59 963 194,73</u>			<u>59 826</u>
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		<u>3 924 400,40</u>	<u>63 887 595,13</u>		<u>5 147</u>
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	<u>25 145,28</u>				<u>(40)</u>
2. Zinsaufwendungen			<u>-16 823 829,19</u>	<u>47 063 765,94</u>	<u>-23 385</u>
darunter: aus Aufzinsung von Rückstellungen	<u>-36 599,00</u>				<u>(-68)</u>
darunter: erhaltene negative Zinsen	<u>56 980,56</u>				<u>(5)</u>
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			<u>7 382 333,27</u>		<u>2 583</u>
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			<u>322 055,59</u>		<u>323</u>
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			<u>904 593,34</u>	<u>8 608 982,20</u>	<u>-</u>
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				<u>-</u>	<u>-</u>
5. Provisionserträge			<u>2 904 401,71</u>		<u>2 659</u>
6. Provisionsaufwendungen			<u>-7 600 454,12</u>	<u>-4 696 052,41</u>	<u>-5 209</u>
7. Nettoertrag des Handelsbestands				<u>-</u>	<u>-</u>
8. Sonstige betriebliche Erträge				<u>4 456 721,50</u>	<u>4 317</u>
darunter: aus der Währungsumrechnung		<u>-</u>			<u>(1 992)</u>
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen		<u>26 511,45</u>			<u>(27)</u>
9.				<u>-</u>	<u>-</u>
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		<u>-12 191 001,39</u>			<u>-11 001</u>
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		<u>-2 537 616,59</u>	<u>-14 728 617,98</u>		<u>-2 304</u>
darunter: für Altersversorgung	<u>-356 685,10</u>				<u>(-288)</u>
b) andere Verwaltungsaufwendungen			<u>-16 258 434,82</u>	<u>-30 987 052,80</u>	<u>-14 911</u>
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				<u>-3 319 609,24</u>	<u>-2 193</u>
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				<u>-2 994 284,09</u>	<u>-849</u>
darunter: aus der Währungsumrechnung		<u>-853 720,62</u>			<u>(-)</u>
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		<u>-807 220,98</u>			<u>(-617)</u>
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			<u>-5 752 634,82</u>		<u>-</u>
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			<u>-</u>	<u>-5 752 634,82</u>	<u>810</u>
15. Abschreibungen u. Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			<u>-473 324,43</u>		<u>-20</u>
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			<u>-</u>	<u>-473 324,43</u>	<u>-</u>
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				<u>-</u>	<u>-</u>
18.				<u>-</u>	<u>-</u>
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				<u>11 906 511,85</u>	<u>15 793</u>
20. Außerordentliche Erträge			<u>-</u>		<u>-</u>
21. Außerordentliche Aufwendungen			<u>-</u>		<u>-</u>
22. Außerordentliches Ergebnis				<u>-</u>	<u>(-)</u>
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			<u>-5 496 807,74</u>		<u>-6 476</u>
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			<u>-47 939,78</u>	<u>-5 544 747,52</u>	<u>-43</u>
24a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				<u>-</u>	<u>-3 100</u>
25. Jahresüberschuss				<u>6 361 764,33</u>	<u>6 174</u>
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				<u>-</u>	<u>-</u>
				<u>6 361 764,33</u>	<u>6 174</u>
27. Entnahmen aus Ergebnismrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			<u>-</u>		<u>-</u>
b) aus anderen Ergebnismrücklagen			<u>-</u>		<u>-</u>
				<u>6 361 764,33</u>	<u>6 174</u>
28. Einstellungen in Ergebnismrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			<u>-</u>		<u>-</u>
b) in andere Ergebnismrücklagen			<u>-</u>		<u>-</u>
				<u>6 361 764,33</u>	<u>6 174</u>
28a.				<u>-</u>	<u>-</u>
29. Bilanzgewinn				<u>6 361 764,33</u>	<u>6 174</u>

3. ANHANG

A. Allgemeine Angaben

- Die PSD Bank Nürnberg eG, Nürnberg, ist beim Amtsgericht Nürnberg unter der Genossenschaftsregister-Nummer 281 eingetragen.

Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) sowie nach dem Pfandbriefgesetz (PfandBG) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern.

- In der Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung ergaben sich keine Veränderungen.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden

- Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).
- Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden angewandt:

Forderungen

Der Kassenbestand sowie die Guthaben bei der Zentralnotenbank wurden zum Nennwert ausgewiesen. Die einzelnen Vermögenswerte wurden vorsichtig bewertet.

Die Forderungen an Kreditinstitute wurden mit dem Nennwert zuzüglich anteiliger Zinsen angesetzt.

Die Forderungen an Kunden wurden mit dem Nennwert zuzüglich anteiliger Zinsen angesetzt, wobei der Unterschiedsbetrag zwischen dem höheren Nennwert und dem niedrigeren Auszahlungsbetrag im passiven Rechnungsabgrenzungsposten enthalten ist. Der Unterschiedsbetrag wird zeitanteilig aufgelöst.

Die in den Forderungen an Kunden enthaltenen Bonitätsrisiken haben wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und un versteuerten Pauschalwertberichtigungen in ausreichender Höhe abgedeckt.

Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung erfolgte bei Teilportfolien auf Basis eines Berechnungsverfahrens, das den auf der Grundlage unserer internen Risikosteuerung ermittelten erwarteten Verlust schätzt. (vgl. Erläuterungen im Abschnitt Änderungen von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden).

Wertpapiere

Die wie Umlaufvermögen behandelten Wertpapiere (Liquiditätsreserve) wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis oder dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert bewertet.

Die wie Anlagevermögen behandelten festverzinslichen Wertpapiere und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweigs haben wir ferner Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB im Bestand.

Ein Wertpapier wurde nach allgemein anerkannten Bewertungsmethoden (Discounted Cash-Flow-Verfahren.) bewertet.

Wertpapierleihegeschäfte

Am Bilanzstichtag entlehene Wertpapiere wurden nicht in der Bankbilanz angesetzt, da das wirtschaftliche Eigentum nicht auf die Bank als Entleiher übergegangen ist, sondern beim Verleiher verblieben ist.

Strukturierte Finanzinstrumente

Strukturierte Finanzinstrumente werden als einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert. Auf eine getrennte Bilanzierung konnte verzichtet werden, weil keine wesentlich erhöhten oder zusätzlichen Risiken und Chancen im Vergleich zum Basisinstrument vorliegen.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip zu fortgeführten Anschaffungskosten, ggf. vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen, bilanziert.

Treuhandvermögen

Die Bewertung des Treuhandvermögens erfolgte zu Anschaffungskosten bzw. zum Nennwert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Bewertung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungskosten/Herstellungskosten und, soweit abnutzbar, vermindert um planmäßige Abschreibungen.

Den planmäßigen Abschreibungen liegen die der geschätzten wirtschaftlichen Nutzungsdauer entsprechenden Abschreibungssätze zugrunde, die sich grundsätzlich an den von der Finanzverwaltung veröffentlichten Abschreibungstabellen orientieren.

Software wurde unter der Bilanzposition "Immaterielle Anlagewerte" ausgewiesen. Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen wurden im Anschaffungsjahr bei linearer Abschreibung pro rata temporis abgeschrieben.

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 800 EUR werden als sofort abziehbare Betriebsausgaben behandelt. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Netto-Einzelwert von EUR 250 wurden als andere Verwaltungsaufwendungen erfasst.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert oder zu Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Latente Steuern

Zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen bestehen zeitliche oder quasi-permanente Differenzen, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen.

Wegen des Aktivüberhangs unserer Steuerlatenzen wurde vom Nichtaktivierungswahlrecht nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB Gebrauch gemacht. Der Aktivüberhang resultiert im Wesentlichen aus den Wertpapieranlagen sowie aus den Pensions- und anderen langfristigen Rückstellungen.

Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Erfüllungsbetrag.

Abgezinste Sparbriefe wurden zum Ausgabepreis zuzüglich kapitalisierter Zinsen bis zum Bilanzstichtag passiviert.

Treuhandverbindlichkeiten

Die Bewertung der Treuhandverbindlichkeiten erfolgte zum Erfüllungsbetrag, der mit dem Nennwert der Verpflichtung übereinstimmt.

Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und für Zuschläge sowie sonstige, über den Zins hinausgehende Vorteile für Einlagen, wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Den Pensionsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der "Richttafeln 2018 G" (Prof. Dr. Klaus Heubeck) zugrunde. Die Verpflichtungen aus Anwartschaften auf Pensionen werden mittels Anwartschaftsbarwertverfahren angesetzt. Laufende Rentenverpflichtungen und Altersversorgungsverpflichtungen gegenüber ausgeschiedenen Mitarbeitern sind mit dem Barwert bilanziert

Als Rententrend für die Pensionsrückstellungen werden 3 % und für Rentenzusagen eine Anpassungsdynamik von 2 % angenommen.

Die Abzinsung der Pensionsrückstellungen erfolgte unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren (Vereinfachungsregel) mit 3,21 % (durchschnittlicher Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf Basis des von der Deutschen Bundesbank per Dezember 2018 ermittelten Zinssatzes). Im Vergleich zu einer Abzinsung mit einem entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 1.043.485 EUR. Erfolgswirkungen aus einer Änderung des Diskontierungssatzes im Zusammenhang mit den Pensionsrückstellungen werden analog zum Ab-/Aufzinsungseffekt im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

Die Pensionsanwartschaften der Vorstände und Teile der Versorgungsverpflichtungen gegenüber früheren Vorständen wurden auf externe Versorgungsträger übertragen (R+V Pensionsfonds AG bzw. Versorgungskasse genossenschaftlicher Unternehmen (VGU e.V.)). Die Leistungsverpflichtungen sind in vollem Umfang durch Deckungskapital abgedeckt. Bei der Bank verbleibt darüber hinaus die Subsidiärhaftung.

Im Übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs

Die Finanzinstrumente des Zinsbuchs (einschließlich derivativer Steuerungsinstrumente der Aktiv/Passiv-Steuerung) werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen des Bankbuchs nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 n. F. verlustfrei bewertet. Hierbei werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt und von dem positiven Überschuss die Risiko- und Bestandsverwaltungskosten abgezogen. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31.12.2018 war keine Rückstellung zu bilden.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernehmen wir regelmäßig in geringem Umfang Bürgschaften.

Dabei ist es für uns erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich.

Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten ohne Inanspruchnahme auslaufen.

Von den unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31. Dezember 2018 in Höhe von 355.971.054 EUR betreffen 355.971.054 EUR Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken.

Wir gewähren unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen unserer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch uns widerrufen werden können.

Die Kreditzusagen werden mit dem Nominalbetrag gezeigt.

Die unwiderruflichen Kreditzusagen werden bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt.

Derivative Finanzinstrumente

Die zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen Swaps wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuchs einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Zinserträge/Zinsaufwendungen

Negative Zinsen aus Aktivgeschäften werden im Zinsertrag erfasst (Reduktion des Zinsertrags). Negative Zinsen aus Passivgeschäften werden im Zinsaufwand erfasst (Reduktion des Zinsaufwands). Im Falle von Zinsswaps werden die Zahlungsströme je Swapvertrag verrechnet und der verbleibende Saldo vorzeichengerecht als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen. Entsteht im Falle negativer Zinsen saldiert bzw. aufsummiert Zinsaufwand so wird dieser, andernfalls ein Zinsertrag ausgewiesen. Ein gesonderter Ausweis dieser negativen Zinsen wird nicht vorgenommen.

Währungsumrechnung

Posten, denen Beträge zugrunde liegen, die auf fremde Währung lauten oder ursprünglich auf fremde Währung lauten, wurden auf Euro wie folgt umgerechnet:

Auf fremde Währung lautende Verbindlichkeiten haben wir gem. § 340h HGB i. V. m. § 256a HGB mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Der sich aus der Währungsumrechnung ergebende Aufwand wurde in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt.

- Von den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Vorjahres wurde in folgenden Fällen aus den nachfolgend dargestellten Gründen abgewichen:

Entgegen früherer Praxis wurde bei Teilportfolien für die Ermittlung der handelsrechtlichen Pauschalwertberichtigung ein Berechnungsverfahren herangezogen, das den auf der Grundlage unserer internen Risikosteuerung ermittelten erwarteten Verlust schätzt.

Die geänderte Bewertungsmethode führt aufgrund der sachgerechteren Einschätzung der Ausfallrisiken zu einer verbesserten Darstellung der Vermögens- und Ertragslage.

Die Änderungen haben sich ertragsmindernd auf das Jahresergebnis ausgewirkt. Die Änderung führt zu einer Erhöhung der Pauschalwertberichtigung um 1 677 TEUR.

Seit diesem Geschäftsjahr werden die Geringwertigen Wirtschaftsgüter nicht mehr in einem Sammelposten erfasst, da dies zu einer sachgerechteren Darstellung der Vermögenslage führt. Die Änderung führte zu einer geringfügig höheren Abschreibung.

C. Entwicklung des Anlagevermögens

(volle EUR)

	Anschaffungs-/Herstellungskosten 01.01.	Zugänge	Umbuchungen (+/-)	a) Abgänge b) Zuschüsse	Anschaffungs-/Herstellungskosten am Bilanzstichtag	Buchwerte am Bilanzstichtag	Buchwerte Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagevermögen	1 344 992	34 685	-	a) - b) -	1 379 677	93 216	151 547
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	95 126 194	67 963 308	-	a) - b) -	163 089 502	151 505 945	86 012 317
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	8 590 211	400 522	-	a) 327 346 b) -	8 663 387	2 875 640	3 256 724
a	105 061 397	68 398 515	-	a) 327 346 b) -	173 132 566	154 474 801	89 420 588
	Abschreibungen (kumuliert) 01.01.	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Zugän- gen (ohne Ab- schreibungen Geschäftsjahr) (+)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen (-)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchungen (+/-)	Abschreibungen Geschäftsjahr	Zuschreibungen Geschäftsjahr	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstich- tag
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagevermögen	1 193 445	-	-	-	93 016	-	1 286 461
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	9 113 877	-	-	-	2 469 680	-	11 583 557
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	5 333 487	-	302 653	-	756 913	-	5 787 747
a	15 640 809	-	302 653	-	3 319 609	-	18 657 765

	Anschaffungs- kosten 01.01.	Veränderungen (saldiert)	Buchwerte am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR
Schuldschein- darlehen/ Namenspapiere	5 000 000	5 000 000	10 000 000
Wertpapiere des Anlagever- mögens	40 696 093	9 526 227	50 222 320
Beteiligungen und Geschäftsgut- haben bei Genos- senschaften	10 640 137	510 174	11 150 311
Anteile an verbundenen Unternehmen	19 876 155	1 215 392	21 091 547
b	76 212 385	16 251 793	92 464 178
Summe a und b	181 273 782		246 938 979

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

- In den Forderungen an Kreditinstitute sind 32 153 070 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.
- Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate EUR	mehr als drei Mona- te bis ein Jahr EUR	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre EUR	mehr als fünf Jahre EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	3 456	-	5 000 000	5 000 000
Forderungen an Kunden (A 4)	42 596 892	119 116 299	600 977 273	2 089 427 236

In den Forderungen an Kunden sind 5 419 219 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten. Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

- Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 43 494 938 EUR fällig.
- In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an verbundene Unternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Forderungen an Kunden (A 4)	34 827 987	24 122 755

- Wir halten Anteile an Sondervermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) und Anlageaktien an Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital (§§ 108 bis 123 KAGB) sowie vergleichbarem EU-Investmentvermögen oder vergleichbarem ausländischem Investmentvermögen von mehr als 10 %:

Anlageziele	Buchwert EUR	Zeitwert EUR	Differenzen (Zeitwert/ Buchwert) EUR	Erhaltene Ausschüttungen EUR	Tägliche Rückgabe Ja / Nein
Ertrags- und Liquiditätssteuerung	212.036.746	233.100.255	21.063.509	4.437.804	Ja
Ertrags- und Liquiditätssteuerung	8.007.000	8.007.000	-	-	Nein

Es handelt sich um Spezialfonds, bei denen teilweise eine tägliche Rückgabe von Fondanteilen möglich ist. Eine vollständige Auflösung von Fonds kann vertraglich nur zum Geschäftsjahresende erfolgen.

- Die Genossenschaft besitzt folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, mit denen ein Konzernverhältnis besteht:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital %	Eigenkapital der Gesellschaft Jahr	Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses Jahr	EUR	EUR
a) WB Werte & Boden GmbH, Nürnberg	100,00	2018	2018	20 196	-873
b) WB 2 Werte & Boden GmbH, Nürnberg	100,00	2018	2018	18 702	-2 019
c) WB 3 Werte & Boden GmbH, Nürnberg	100,00	2018	2018	21 030	-872
d) WB 4 Werte & Boden GmbH, Nürnberg	100,00	2018	2018	16 715 406	150 912
e) WB 3 Werte & Boden Atrium GmbH & Co.KG, Nürnberg	94,90	2017	2017	676 622	376 107
f) WB Projekt 1 GmbH & Co.KG, Nürnberg	94,90	2017	2017	391 354	377 574
g) WB 5 Stuttgart GmbH, Nürnberg	94,90	2017	2017	-27 109	-41 715

Bei den unter Buchstaben a bis g genannten Unternehmen handelt es sich um verbundene Unternehmen.

Ein Konzernabschluss wurde nicht aufgestellt, weil aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (§ 290 Abs. 5 HGB i.V.m. § 296 Abs. 2 HGB) auf die Aufstellung verzichtet werden konnte.

Daneben besitzt die Genossenschaft folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, die nicht von untergeordneter Bedeutung sind:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital %	Eigenkapital der Gesellschaft Jahr	Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses Jahr	EUR	EUR
DZ Beteiligungs-GmbH & Co.KG Baden-Württemberg	0,19	2018	2018	3 141 131 713	85 679 350

- In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig EUR	börsennotiert EUR	nicht börsennotiert EUR	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	271 604 530	265 262 186	6 342 344	-
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	28 340 837	8 182 057	20 158 780	-

- Die in der Bilanz ausgewiesenen Treuhandgeschäfte betreffen ausschließlich Treuhandkredite.

- In den Sachanlagen sind enthalten:

	EUR
- Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	6 246 624
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	2 651 325
- Im Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
R+V Gruppenunfallversicherung	2 020 247
Steuern	1 853 346
- In folgenden Posten und Unterposten der Aktivseite sind Vermögensgegenstände, für die eine Nachrangklausel besteht, enthalten:

Posten - Unterposten	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A 5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	800 000	800 000

- In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 196 514 917 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.
- Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate EUR	mehr als drei Monate bis ein Jahr EUR	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre EUR	mehr als fünf Jahre EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	4 526 633	4 235 054	125 167 293	336 810 560
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	5 586 465	17 779 377	813 773	4 960 167
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	6 265 083	58 504 885	86 004 540	250 001 345

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

- Im Posten Sonstige Verbindlichkeiten sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

Zinsen Genussrechte	569 663
Offene Rechnungen	863 584
- Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagiobeträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von 6 784 EUR (Vorjahr: 11 639 EUR) enthalten.
- Angaben zum Posten Nachrangige Verbindlichkeiten:
Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen in Höhe von 434 984 EUR an.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten weisen zum 31.12.2018 einen Nominalwert in Höhe von 44.542.032,22 EUR auf. Es bestehen folgende Emissionen von mehr als zehn Prozent des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten:

- Nachrangiges Schuldscheindarlehen 5 Mio. EUR, Zinssatz 2,665 %, Fälligkeit 12.10.2028
- Nachrangiges Schuldscheindarlehen 5 Mio. EUR, Zinssatz 2,665 %, Fälligkeit 12.10.2028
- Nachrangiges Schuldscheindarlehen 5 Mio. EUR, Zinssatz 2,7 %, Fälligkeit 11.10.2028

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit der Verbindlichkeit ist wie folgt geregelt:

Die aufgeführten Verbindlichkeiten sind im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen. Das Kapital ist nicht durch die gesetzliche Einlagensicherung geschützt.

Die Laufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt 6 und 10 Jahre. Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Anforderungen an das Ergänzungskapital (Art. 62 ff CRR).

- Für die Genussrechte gelten die folgenden wesentlichen Bedingungen:
Das hereingenommene Genussrechtskapital (Anzahl der Genussrechte: 14.814) in Höhe von 7.546.951 EUR verbrieft Gläubigerrechte sowie den Anspruch ab Erwerbszeitpunkt für die Dauer der Laufzeit des Genussrechts auf die vertraglich vereinbarte Ausschüttung. Die Ausschüttung entfällt, wenn und soweit sie zu einem Bilanzverlust führt. Das Genussrechtskapital nimmt während der Dauer der Laufzeit bis zur vollen Höhe am Bilanzverlust der Bank teil. Genussrechtskapital kann im Falle der Liquidation, des Vergleichs oder des Konkurses der Bank erst nach Befriedigung der nicht nachrangigen Gläubiger der Bank zurückgefordert werden. Die Genussrechte werden nicht mehr im Ergänzungskapital berücksichtigt, da sie gekündigt wurden.
- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	1 308 663	1 621 210

- Die unter dem Passivposten Gezeichnetes Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

		EUR
Geschäftsguthaben		
a) der verbleibenden Mitglieder		21 559 759
b) der ausscheidenden Mitglieder		443 134
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen		1 200
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	EUR	-

- Die Ergebnisrücklagen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage EUR	Andere Rücklagen EUR
Stand 1. Januar 2018	13 210 000	94 629 833
Einstellungen		
- aus Bilanzgewinn des Vorjahres	650 000	4 625 481
Stand 31. Dezember 2018	<u>13 860 000</u>	<u>99 255 314</u>

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss wie folgt zu verwenden:

	EUR
4,250 % Dividende auf Geschäftsguthaben	918.525,73
Gesetzliche Rücklage	650.000,00
Andere Ergebnisrücklagen	4.793.238,60
Insgesamt	<u>6.361.764,33</u>

- In den Schulden sind Fremdwährungsposten im Gegenwert von 23 565 402 EUR enthalten.

Der aus der Neuregelung zur Bewertung von Altersversorgungsverpflichtungen nach § 253 Abs. 6 HGB ausschüttungsgesperrte Betrag liegt bei 1.043.485 EUR.

- Zum Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte Termingeschäfte (§ 36 RechKredV) folgender Art:
Bei der genossenschaftlichen Zentralbank Festzinszahlerswaps in Höhe von nominal 275 Mio. EUR.

Volumen der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nichthandelsbestands

In der nachfolgenden Tabelle sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Derivategeschäfte (exklusive Stückzinsen), die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert wurden (Nichthandelsbestand), zusammengefasst (§ 36 RechKredV bzw. § 285 Nr. 19 HGB). Die Adressenausfallrisiken sind als ungewichtete Kreditrisikoäquivalente entsprechend den aufsichtrechtlichen Eigenkapitalvorschriften angegeben.

Angaben in Mio. EUR	Nominalbetrag Restlaufzeit				Beizulegen- der Zeitwert	Adressen- risiko
	<= 1 Jahr	> 1 - 5 Jahre	> 5 Jahre	Summe		
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte Zins-Swaps (gleiche Währung)	-	175,0	100,0	275,0	-10,9	2,3

Die in vorstehender Tabelle enthaltenen Zinsswaps werden zu 100 % zur Steuerung des Zinsbuches im Rahmen der Aktiv- /Passivsteuerung eingesetzt.

Die Zinsswaps wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet. Das Adressenausfallrisiko besteht lediglich gegenüber der Zentralbank und beläuft sich gemäß Solvabilitätsverordnung in der Anrechnung somit auf 0,0 %.

- Von den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

Passivposten	Zur Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände	Gesamtbetrag in EUR
<hr/>		
Posten unter dem Strich bzw. außerhalb der Bilanz		
Derivate	Übertragung von bankeigenen Wertpapieren	<u>7 500 500</u>

II. Gewinn- und Verlustrechnung

In den Zinsaufwendungen sind 432 TEUR aus der vorzeitigen Auflösung eines Zinsbegrenzungsgeschäftes enthalten.

In den Zinserträgen sind 25 145 EUR negative Zinsen aus Einlagen bei der EZB, für Guthaben bei der DZ BANK AG und für Bankguthaben enthalten. Positive Zinsen aus Einlagen von Banken und institutionellen Kunden in unserem Haus belaufen sich auf 56 981 EUR.

- Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. der Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten:

Sonstige betriebliche Erträge	<u>EUR</u>
Mieteinnahmen	<u>4 073 158</u>
Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>EUR</u>
Zinsaufwand aus Aufzinsung	<u>807 221</u>
Aufwand aus Währungsumrechnung	<u>853 721</u>
Aufwand Immobilien	<u>1 158 558</u>

E. Sonstige Angaben

• Pfandbriefe

Die PSD Bank Nürnberg eG hat am 04.09.2015 die Lizenz zur Ausgabe von Pfandbriefen erhalten.

Nachfolgend sind die Posten der Bilanz gemäß den Vorschriften für die Formblätter von Pfandbriefbanken aufgeführt.

Da die PSD Bank Nürnberg eG das Pfandbriefgeschäft nicht schwerpunktmäßig betreibt, wurden die Untergliederungen aus Gründen der Klarheit und Übersichtlichkeit in den Anhang übernommen. Aus den gleichen Gründen stellen wir nur die nach der RechKredV vorgesehenen Posten der Bilanz dar, deren Inhalte das Pfandbriefgeschäft betreffen.

Untergliederung von Posten der Bilanz auf Grund des Pfandbriefgeschäftes

Aktiva 3 - Forderungen an Kreditinstitute

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) Hypothekendarlehen	-	-	-	-
b) Kommunalkredite	-	-	-	-
c) andere Forderungen	46 787 586	46 787 586	17 500 491	17 500 491
darunter:				
täglich fällig	32 588 071		8 343 649	
gegen Beleihung von Wertpapieren	-	-	-	-

Aktiva 4 - Forderungen an Kunden

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) Hypothekendarlehen	2 235 201 608		1 977 015 594	
b) Kommunalkredite	-	-	-	-
c) andere Forderungen	622 335 311	2 857 536 919	539 400 975	2 516 416 569
darunter:				
gegen Beleihung von Wertpapieren	-	-	-	-

Aktiva 14 - Rechnungsabgrenzungsposten

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) aus dem Emissions - und Darlehengeschäft	-	-	-	-
b) andere	871 650	871 650	873 318	873 318

Passiva 1 - Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	190 657 380		160 465 456	
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	-	-	-	-
c) andere Verbindlichkeiten	280 136 777	470 794 157	175 077 930	335 543 386
täglich fällig	54 616		15 000 001	

Passiva 2 - Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		250 022 160		163 348 175
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		-		-
c) Spareinlagen				
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	833 241 359		822 015 566	
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist mehr als drei Monate	29 139 782	862 381 141	27 444 599	849 460 165
d) andere Verbindlichkeiten		1 814 016 650		1 662 545 095
täglich fällig	1 663 262 956		1 590 827 038	
Summe		2 926 419 951		2 675 353 435

Passiva 3 - Verbriefte Verbindlichkeiten

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) begebene Schuldverschreibungen				
aa) Hypothekendarlehen	-		-	
ab) Öffentliche Pfandbriefe	-		-	
ac) Sonstige Schuldverschreibungen	-	-	-	-
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		-		-
darunter				
Geldmarktpapiere	-		-	
Summe		-		-

Passiva 6 - Rechnungsabgrenzungsposten

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	6 784		11 639	
b) andere	2 577	9 361	12 326	23 965

• Angaben nach § 28 PfandBG zum Hypothekendarlehenumschlag

Angaben zu Gesamtbetrag und Laufzeitstruktur (Angaben in Mio. EUR)

§ 28 Abs. 1 Nr. 1 und 3 PfandBG Verhältnis Umlauf zur Deckungsmasse	Nennwert		Barwert		Risikobarwert inkl. Währungsstress ¹⁾	
	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2017
Gesamtbetrag des Darlehenumschlags inkl. Derivate	438,60	322,60	450,45	320,79	609,25	432,60
Gesamtbetrag der Deckungsmassen inkl. Derivate	561,13	379,79	599,55	404,08	722,09	482,64
% Fremdwährungsderivate v. Passiva	- %	- %	- %	- %	- %	- %
% Zinsderivate v. Passiva	- %	- %	- %	- %	- %	- %
% Fremdwährungsderivate v. Aktiva	- %	- %	- %	- %	- %	- %
% Zinsderivate v. Aktiva	- %	- %	- %	- %	- %	- %
Überdeckung in %	27,94 %	17,73 %	33,10 %	25,96 %	18,52 %	11,57 %

¹⁾Sowohl die Ermittlung des Risikobarwerts als auch des Währungsstresses erfolgt statisch.

§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG Laufzeitstruktur und Zinsbindungsfrist	Darlehenumschlag		Deckungsmasse	
	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2017
bis zu sechs Monate	-	-	11,39	7,52
mehr als sechs Monate bis zu zwölf Monaten	-	-	11,70	7,81
mehr als zwölf Monate bis zu 18 Monaten	-	-	16,78	9,17
mehr als 18 Monate bis zu 2 Jahren	-	-	12,33	8,96
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	-	-	27,84	23,00
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	-	5,00	26,52	21,08
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	-	-	41,42	17,42
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	198,00	163,00	284,08	216,25
über 10 Jahre	235,60	154,60	129,07	68,58

§ 28 Abs. 1 Nr. 9 PfandBG Kennzahlen	31.12.2018	31.12.2017
Anteil festverzinslicher Deckungsmasse	100,00 %	100,00 %
Anteil festverzinslicher Pfandbriefe	100,00 %	100,00 %

§ 28 Abs. 1 Nr. 10 PfandBG (nach § 6 Pfandbrief-Barwertverordnung)	Zinsstress-Barwert der Deckungsmassen		Zinsstress-Barwert des Pfandbriefumlaufs	
Fremdwährung	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2017
	-	-	-	-

§ 28 Abs. 1 Nr. 10 PfandBG (nach § 6 Pfandbrief- Barwertverordnung)	Wechselkurs		Nettobarwert in Fremdwährung		Nettobarwert in EUR	
Fremdwährung	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2017
	-	-	-	-	-	-

Zusammensetzung der ordentlichen Deckungswerte (Angaben in Mio. EUR)

Verteilung der Deckungswerte nach Größenklassen	31.12.2018	31.12.2017
bis zu 300 Tsd. €	535,94	368,53
mehr als 300 Tsd. € bis zu 1 Mio. €	2,19	1,26
mehr als 1 Mio. € bis zu 10 Mio. €	-	-
mehr als 10 Mio. €	-	-

Verteilung der Deckungswerte nach Nutzungsart (I) § 28 Abs. 2 Nr. 1 b und 1 c PfandBG	31.12.2018	31.12.2017
wohnwirtschaftlich	538,13	369,79
gewerblich	-	-

Verteilung der Deckungswerte nach Nutzungsart (II) § 28 Abs. 2 Nr. 1 b und 1 c PfandBG		
Staat	31.12.2018	31.12.2017
Bundesrepublik Deutschland		
Eigentumswohnungen	140,00	93,15
Ein- und Zweifamilienhäuser	398,13	276,64
Mehrfamilienhäuser	-	-
Bürogebäude	-	-
Handelsgebäude	-	-
Industriegebäude	-	-
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	-	-
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	-	-
Bauplätze	-	-
Summe	538,13	369,79

Weitere Kennzahlen		31.12.2018	31.12.2017
§ 28 Abs. 1 Nr. 7 PfandBG - Gesamtbetrag der Forderungen, die die Grenzen nach § 13 Abs. 1 PfandBG überschreiten	in Mio. EUR	-	-
§ 28 Abs. 1 Nr. 11 PfandBG - volumengewichteter Durchschnitt des Alters der Forderungen (seasoning)	in Jahren	3,10	2,78
§ 28 Abs. 2 Nr. 3 PfandBG - durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf	in %	52,64	53,01
ordentliche Deckung (nominal)	in Mio. EUR	538,13	369,79
Anteil am Gesamtumlauf	in %	122,69	114,63

Zusammensetzung der weiteren Deckungswerte (Angaben in Mio. EUR)

§ 28 Abs. 1 Nr. 8 PfandBG		
Gesamtbetrag der Forderungen, die die Begrenzungen überschreiten	31.12.2018	31.12.2017
§ 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG	-	-
§ 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG	-	-

§ 28 Abs. 1 Nr. 4, 5 und 6 PfandBG	Ausgleichsforderungen	
Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen	i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG	
Staat	31.12.2018	31.12.2017
Frankreich inkl. Monaco	-	-
Polen	-	-
EU-Institutionen	-	-
Summe	-	-

§ 28 Abs. 1 Nr. 4, 5 und 6 PfandBG	Forderungen			
Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen	i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG			
	Gesamt		davon gedeckte Schuldverschreibungen i.S.d. Art. 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013	
Staat	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2017
Frankreich inkl. Monaco	-	-	-	-
Polen	-	-	-	-
EU-Institutionen	-	-	-	-
Summe	-	-	-	-

§ 28 Abs. 1 Nr. 4, 5 und 6 PfandBG	Forderungen			
Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen	i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG			
Staat	31.12.2018		31.12.2017	
Frankreich inkl. Monaco		10,00		-
Polen		5,00		5,00
EU-Institutionen		8,00		5,00
Summe		23,00		10,00

§ 28 Abs.1 Nr. 4, 5 und 6 PfandBG	Summe			
Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen	31.12.2018		31.12.2017	
Frankreich inkl. Monaco		10,00		-
Polen		5,00		5,00
EU-Institutionen		8,00		5,00
Summe		23,00		10,00

Übersicht über rückständige Leistungen (Angaben in Mio. EUR)

§ 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG	Gesamtbetrag der mind. 90 Tage rückständigen Leistungen		Gesamtbetrag dieser Forderungen, soweit der jeweilige Rückstand mindestens 5 % der Forderung beträgt	
Staat	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2017
Keine	-	-	-	-
Summe	-	-	-	-

Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen auf Deckungshypotheken

§ 28 Abs. 2 Nr. 4 PfandBG	wohnwirtschaftlich		gewerblich	
	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2017
Anzahl der am Abschlussstichtag anhängigen Zwangsversteigerungsverfahren	-	-	-	-
Anzahl der am Abschlussstichtag anhängigen Zwangsverwaltungsverfahren	-	-	-	-
Anzahl der am Abschlussstichtag anhängigen Zwangsverwaltungsverfahren mit gleichzeitigem Zwangsversteigerungsverfahren	-	-	-	-
Anzahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	-	-	-	-
Anzahl der im Geschäftsjahr zur Verhütung von Verlusten übernommenen Grundstücke	-	-	-	-
Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen (Angaben in Mio. EUR)	-	-	-	-

• Zusatzangaben nach § 35 RechKredV

Die im Deckungsregister aufgeführten Realkredite in Höhe von 538,13 Mio. EUR werden in der Bilanz unter den Forderungen an Kunden ausgewiesen. Die zur Deckung dienenden Wertpapiere in Höhe von 23 Mio. EUR (Nominalvolumen) sind in der Bilanzposition Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere enthalten.

- Im Geschäftsjahr beliefen sich die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats auf 95 928 EUR.
- Von der Möglichkeit des § 286 Abs. 4 HGB wurde Gebrauch gemacht.
- Für frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2018 Pensionsrückstellungen in Höhe von 130 577 EUR.
- Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für

	EUR
Mitglieder des Vorstandes	<u>296 033</u>
Mitglieder des Aufsichtsrates	<u>199 631</u>

Geschäfte mit nahestehenden Personen wurden im Rahmen des üblichen Kredit-, Einlagen- und Girogeschäftes vorgenommen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (Garantieverbund) in Höhe von 5.296 EUR.

Ferner besteht eine Beitragsgarantie gegenüber der BVR-ISG. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu machen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

- Die Zahl der im Jahr 2018 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	<u>Vollzeitbeschäftigte</u>	<u>Teilzeitbeschäftigte</u>
Kaufmännische Mitarbeiter	165,25	63,50

Außerdem wurden durchschnittlich 10,50 Auszubildende beschäftigt.

- Mitgliederbewegung

Anfang 2018
 Zugang 2018
 Abgang 2018
 Ende 2018

Zahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile	Haftsummen EUR
55 086	216 495	-
1 567	7 706	-
1 336	4 611	-
55 317	219 590	-

Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um

EUR 357 940

Die Haftsummen haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um

EUR -

Höhe des Geschäftsanteils EUR 100

Höhe der Haftsumme EUR -

- Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:

Verband der PSD Banken e.V.
 Dreizehnmorgenweg 36
 53175 Bonn

- Mitglieder des Vorstands:

Johann Büchler, Vorsitzender
 Helmut Hollweck

hauptamtliches Vorstandsmitglied
 hauptamtliches Vorstandsmitglied

- Mitglieder des Aufsichtsrats:

Dipl.- Kfm. Josef Süß, Vorsitzender
 Isolde Bräunling, stellvertr. Vorsitzende

Präsident a.D.
 Betriebsratsvorsitzende a.D., Deutsche Post IT Services GmbH

Hartmut Distler
 Dr. Tilman Engel

selbstständig
 Leiter Controlling und Risikomanagement, Sontowski & Partner GmbH, Prokurist

Sandra Huber

Ausbildungsleitung & Datenschutzbeauftragte, Mitglied des Betriebsrates, PSD Bank Nürnberg eG

Dipl.- Ing. Bernhand Pfund

Leitender Postdirektor a.D.

Dipl.- Kfm. René Stein

CFO, Prokurist, Riedhammer GmbH

Edwin Then

Vorsitzender DPVKOM Bayern

Dipl.- Volkswirtin Carola Seifried

Steuerberaterin, LEONI AG

Nürnberg, 14. Februar 2019

PSD Bank Nürnberg eG

(Ort, Datum)

(Firma der Genossenschaft)

Der Vorstand

gez. Johann Büchler

gez. Helmut Hollweck

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die PSD Bank Nürnberg eG, Nürnberg

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der PSD Bank Nürnberg eG (im Folgenden "Genossenschaft") - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden "EU-APrVO") unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir den aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar:

Neuerwerb und Bestand von nicht bankbetrieblich genutzten Immobilien

a) Sachverhalt und Problemstellung

Die Bank hat im Berichtsjahr Investitionen in fremdgenutzte Immobilien in Höhe von 67.963 TEUR vorgenommen. Insgesamt hat sie fremdgenutzte Immobilien mit einem Volumen von 145.259 TEUR im Eigenbestand. Weiterhin bestehen Beteiligungen an Immobilienfonds in Höhe von 3.889 TEUR und weitere Anteile an Immobilienfonds in Höhe von 32.156 TEUR. Zudem bestehen Immobilieninvestitionen im Rahmen von Anteilen an verbundenen Unternehmen in Höhe von 21.092 TEUR sowie Kredite an diese Unternehmen in Höhe von 34.828 TEUR.

Das gesamte Investitionsvolumen ist für die Vermögens- und Ertragslage der Bank von Bedeutung. Die Bedeutung für die Vermögenslage betrifft insbesondere den zutreffenden Ausweis im Jahresabschluss sowie die Ermittlung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten und der voraussichtlichen Nutzungsdauer. Die Bedeutung für die Ertragslage betrifft die Mieterträge und die Abschreibungen aus den Immobilieninvestitionen.

Zur Überprüfung der Werthaltigkeit der erworbenen Immobilien werden durch die Bank nach Fertigstellung der Objekte externe Wertgutachten beauftragt. Auf Basis der bisher vorliegenden Wertgutachten bestätigen die Verkehrswerte die Buchwerte. Da bereits kleine Veränderungen der Prämissen im Rahmen der Bewertung der Immobilien einen bedeutenden Einfluss auf den Marktwert der Immobilien sowie die Höhe der Abschreibungen haben können und die Bewertungen daher mit Unsicherheit behaftet sind, war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse

Wir haben die Verträge eingesehen und den Kaufpreis mit den aktivierten Anschaffungskosten abgeglichen. Weiter haben wir uns davon überzeugt, dass der Kaufpreis auch tatsächlich gezahlt wurde und das wirtschaftliche Eigentum übergegangen ist. Den Kaufpreis haben wir unter Zuhilfenahme der Marktverhältnisse auf Plausibilität geprüft. Zudem haben wir die von der Bank getroffenen Annahmen zur Bestimmung der voraussichtlichen Nutzungsdauer nachvollzogen.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir die von den Gutachtern durchgeführten Bewertungen in Bezug auf Ihre Aktualität, Methodik sowie die Nachvollziehbarkeit der Wertermittlung gewürdigt. Damit einhergehend haben wir uns ein Verständnis über die den Wertgutachten zugrundeliegenden Ausgangsdaten, Wertparameter und getroffenen Annahmen verschafft, diese kritisch gewürdigt und beurteilt, ob sie innerhalb einer vertretbaren Bandbreite liegen. Die getroffenen Annahmen bei der Überprüfung der Werthaltigkeit der Immobilien sind unter Berücksichtigung der verfügbaren Informationen nach dem Ergebnis unserer Prüfung angemessen. Des Weiteren waren die einschlägigen Angaben des Anhangs und des Lageberichtes Gegenstand unserer Prüfung.

Wir haben weiterhin die Zulässigkeit des Verzichts auf die Erstellung eines Konzernabschlusses überprüft.

c) Verweis auf weitergehende Informationen

Weitere Angaben der Gesellschaft sind im Anhang unter den Abschnitten B und C sowie D II und im Lagebericht in den Abschnitten II.2 und II.3.1 enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen den Geschäftsbericht, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Dieser wird uns voraussichtlich nach dem Datum dieses Bestätigungsvermerks zur Verfügung gestellt.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutende Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- Wertpapierdienstleistungs- und Depotprüfung nach § 89 WpHG
- Bestätigungsleistungen im genossenschaftlichen Finanzverbund
- Schulungsveranstaltungen für Aufsichtsräte und Bankmitarbeiter

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Dr. Karl-Friedrich Walter.

Bonn, den 17.05.2019

Verband der PSD Banken e.V.

gez. Maetje
Wirtschaftsprüfer

gez. Dr. Walter
Wirtschaftsprüfer

Dieser Jahresabschluss wurde gemäß § 48 GenG in der Generalversammlung am <u>26. Juni 2019</u> festgestellt und die Ergebnisverwendung wie vorgeschlagen beschlossen.

BaFin - Instituts - Nummer: 101995

**Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2018
("Länderspezifische Berichterstattung")**

Die PSD Bank Nürnberg eG hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgenden Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Kreditgenossenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der PSD Bank Nürnberg eG besteht darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die PSD Bank Nürnberg eG definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Investmentfonds etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen, Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2018 55.433 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten zum Jahresende beträgt 207.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 11.907 TEUR.

Die Steuern auf Gewinn betragen 5.497 TEUR und betreffen laufende Steuern.

Die PSD Bank Nürnberg eG hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.